

Beitragen des christlichen Volkslebens.

---

Band XXIII. Heft 8.

---

# Polonismus

und

verwandte Erscheinungen des Antinationalen.

---

Von

Jakob Ernst.

---

Stuttgart.

Druck und Verlag der Chr. Belscher'schen Verlagshandlung.

1898.

Beiträge des deutschen Volkslebens

Band XXIII. Heft 2

# Polonia

und

erwünschte Geschenke des Jubiläumens

---

Alle Rechte vorbehalten.

---

261290

Jacob Graf

Ergeben

und mit Freuden in der Götter für die Festsetzung

1892

Seit Mitte 1894 etwa hat man in weiteren Kreisen bei uns angefangen, der polnischen Frage die Aufmerksamkeit zuzuwenden, die sie vom deutsch-nationalen Standpunkt wie von dem der preussischen „Staatsraison“ verdient, womit aber nicht gesagt sein soll, daß Verständnis und thatkräftiges Eingreifen gleichbedeutend wären. Das kommt in Deutschland überhaupt so leicht nicht vor. Jede Entschliebung ist bei uns mehr als anderswo „von des Gedankens Blässe angekränfelt“, regelmäßig müssen wir durch endlose theoretische Erwägungen aller Art hindurch, ehe wir auf irgend einem Gebiet zur That gelangen. Besonders schwer wird uns das aber stets, wenn es sich um eine That in nationalem Sinne handelt, denn dazu sind wir von vornherein nicht geneigt, im schärfsten Gegensatz zu Romanen und Slaven, bei denen die nationalen Gesichtspunkte stets sozusagen unwillkürlich, instinktmäßig in den Vordergrund treten, während wir zunächst an das „Allgemeinmenschliche“ denken. Diese Auffassung aber stimmt naturgemäß sehr milde, weil sie in jeder Eigenart nur eine „Ausstrahlung“ des Allgemeinen erblickt; deshalb glaubt sie aber auch „Nachsicht“ üben zu müssen; namentlich den Polen gegenüber hat das lange als eine Art „Ehrenpflicht“ gegolten, weil sie seit hundert Jahren zu den „Unterdrückten“ zählen und weil der preussische Staat „als Vertreter des Deutschtums“ neben Rußland und Osterreich als „Schuldiger“ erscheint, der als solcher die Pflicht hat, wieder „gut zu machen“. Seit Polen einen Teil der Monarchie bildet, ist diese Auffassung bei uns gang und gäbe gewesen; nach dem Aufstand von 1830 aber sah sich das Polentum vollends mit dem Nimbus des „Märtyrers“ umgeben, was zu der rührselig-schwächlichen Denkweise jener Tage unübertrefflich paßte. Zu der „Griechenschwärmerei“, in der sich unsere Dichter in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts zweck- und sinnlos ergangen hatten, gesellte sich im nächsten Jahr-

zehnt die noch viel unbegreiflichere Verherrlichung der Polen,  
 die seit undenklicher Zeit unsere geschworenen Feinde sind, und  
 denen wir keinerlei Kulturerrungenschaft zu danken haben, während  
 sie auch in dieser Hinsicht von deutschem „Fette“ zehren. Sie  
 haben dafür aber nie die geringste Anerkennung gehabt, sondern  
 uns stets mit ungeheucheltem, glühendem Hasse verfolgt; was bei  
 diesen gelungensten Böglingen der Jesuiten allerdings schon an  
 sich verständlich wäre, hier aber überdies aus der unverfieglichen  
 Quelle uralter Stammesfeindschaft schöpft. Diese Mischung ist in  
 der That so „echt“ als möglich. Die Jesuiten haben im 16. und  
 17. Jahrhundert in Polen eine Rolle gespielt, wie nirgend sonst,  
 das Reich der Habsburger während des dreißigjährigen Krieges  
 allein ausgenommen. Unter den Siegismunden und ihren nächsten  
 Nachfolgern waren sie drauf und dran, nicht nur Livland, das  
 auch von der damaligen Großmacht Schweden heftig begehrt  
 wurde, vollständig zu katholisieren, zu Anfang des 17. Jahr-  
 hunderts durften sie sogar die Hoffnung hegen, in Rußland dauernd  
 festen Fuß zu fassen und es im Gefolge der polnischen Massen  
 — die siegreich bis Moskau gelangt waren, um den falschen De-  
 metrius als Vasallen Polens zum Zaren zu machen — für die  
 „alleinseligmachende Kirche“ zu gewinnen. Der Rückschlag ist  
 allerdings sehr bald erfolgt. Unter Gustav Adolf drangen die  
 Schweden in Livland unaufhaltsam vor, und die Moskowiter  
 wußten die Polen mit blutigen Köpfen heimzusenden. Damit war  
 der jesuitische Ansturm im Osten der Hauptsache nach endgültig  
 abgeschlagen, und bald sollte der allmähliche Niedergang Polens  
 sich vollenden. Die fanatisch katholische, dem evangelischen Wesen  
 unveröhnlich gegenüberstehende Gesinnung der Polen aber blieb  
 dieselbe, wie die Jesuiten sie großgezogen hatten. Noch im Jahr  
 1724 hat das „Blutbad von Thorn“ davon Zeugnis gegeben.  
 Während der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts konnte diese  
 Gesinnung nach außen nicht mehr so schroff hervortreten, weil die  
 polnische „Republik“ damals in ihren Todeszuckungen lag und von  
 den Nachbarn bereits als gute Beute angesehen wurde. Schon  
 während dieses Auflösungsprozesses aber zeigte es sich deutlich, daß  
 der verhaßteste unter ihren Widersachern nicht Rußland war,  
 sondern das vergleichsweise viel schonender vorgehende Preußen;

und so ist es bis auf den heutigen Tag geblieben; umgekehrt haben sich die Polen mit Österreich immer leidlich vertragen und verstanden sich mit ihm jetzt sogar ganz vortrefflich; die kirchliche Grundlage dieses Messens mit verschiedenem Maße läßt sich aber nicht verkennen. Das „griechisch-orthodoxe“ Zarenreich steht den Polen nicht so nahe als der katholische Staat, den die Habsburger aufgerichtet, obwohl Ströme von Blut und Thränen die beiden Völker seit mehr als 100 Jahren trennen, aber doch näher als das überwiegend evangelisch-deutsche Preußen, von dem sie nur Gutes erfahren haben. Selbst die auffällige Verwöhnung, die ihnen hier mehrfach zu teil geworden ist, hat daran nichts geändert. Preußen ist die „bête noire“ des Polentums und wird es immer bleiben. Man muß so wenig politischen und nationalen Instinkt besitzen, als es uns überbildeten Deutschen vielfach eigen ist, um diese geschichtlichen Thatsachen zu übersehen und sich dazu noch für solche geschworene Widersacher zu „begeistern“. Trotzdem ist das, wie schon erwähnt, Jahrzehnte lang geschehen; ja man kann nicht einmal sagen, daß eine männlichere und selbstbewußtere Auffassung unseres Verhältnisses zu den Polen schon Gemeingut der Nation geworden wäre. Die Beweggründe, in denen die gegenwärtige „Polenfreundschaft“ unserer vorgeschrittenen Liberalen wurzelt, sind mit denen der Vergangenheit allerdings in keiner Weise zu vergleichen. Während jene aus reiner Gefühlseligkeit stammten, aus einer Stimmung, wie sie bei einer Nation ohne eigene politisch-staatliche Organisation allenfalls erklärlich scheinen mochte, haben unsere „Freisinnigen“ von heute nur Parteipolitik oder Geschäftsinteressen im Auge, wenn sie sich den Polen nähern. Daß dies „edler“ gedacht sei als das, was die Väter und Großväter bewegte, wird niemand behaupten; im Gegenteil: so angesehen, kommen diese letzteren ungleich besser weg. Fehlte es ihnen auch an dem Selbsterhaltungstrieb und nationalem Stolz, ohne die kein Volk seinen Weg im Leben macht, so wußten sie sich doch auch von der öden Parteilichsucht frei, die die Handlungen ihrer Söhne und Enkel fast durchweg bestimmt, während sie ebenso wenig deutsches Gefühl besitzen als jene. Etwas höher ist immerhin noch der Standpunkt der deutschen Ultramontanen zu bewerten, die den Polen als Glaubensgenossen jede Handreichung thun zu müssen vermeinen,

auch wenn die so Umschmeichelten sich nicht im Geringsten erkenntlich zeigen, sondern die deutschen Katholiken im vorkommenden Falle nicht besser behandeln als die Protestanten. Gerade dafür liegen zahlreiche Beispiele vor; die Herren vom Zentrum und namentlich auch dessen Presse lassen sich dadurch aber durchaus nicht beirren, sondern bleiben schlecht und recht im polnischen Dienst und zeigen sich dabei nicht selten noch fanatischer und einseitiger als die Polen selber.

Während es also in früheren Zeiten hauptsächlich Schuld einer zögernden und schwankenden Regierungspolitik war, daß die Polen, statt sich auf deutschem Boden in der Verteidigung zu befinden, ihrerseits vielmehr auf allen Gebieten die Angreifer machten, so haben sich jetzt die genannten Parteien mit ihr in die Verantwortlichkeit für den unleugbaren Rückgang des Deutschtums in unserem Osten teilen. Dies steht dermaßen fest, daß wir nicht nötig haben, die Thatsache als solche besonders zu betonen. Es hat eine Zeit gegeben, wo die Deutschen in Posen und Westpreußen vorwärts kamen; aber seit dem Kulturkampf, der ja in Posen seinen Anfang nahm und dort bis zuletzt die größte Schärfe zeigte, sind alle Geister der Empörung und des Deutschenhasses im Osten wach, und die großpolnische Propaganda hat sich das dermaßen zu nütze zu machen verstanden, daß sich seitdem ein Vorrücken des Polentums auf der ganzen Linie zeigt und bis jetzt noch kein Mittel hat ausfindig gemacht werden können, um dasselbe aufzuhalten. Das Ansiedelungsgesetz von 1886 hat in dieser Hinsicht ebenso wenig einen durchgreifenden Einfluß zu üben vermocht als die Thätigkeit des „Vereins zum Schutze des Deutschtums im Osten“; denn beide sehen sich dazu verurteilt, mit unzureichenden Kräften zu arbeiten. Mit Geld ist einer nationalen, von der ganzen Macht der römischen Hierarchie getragenen Bewegung ebensowenig beizukommen, als mit einer Organisation, die zugestandermaßen bis jetzt nur den konservativen und mittelparteilichen Teil der Deutschen des Ostens vereinigt, während Ultramontane und Freisinnige, wie wir wissen, auf der Seite der Polen stehen und so die Anstrengungen des Vereins ohne viel Mühe durchkreuzen. Auf dem flachen Lande wird das von der polnischen oder polnisch denkenden deutsch-katholischen Geistlichkeit besorgt, in den Städten

von den freisinnigen Juden und deren „arischen“ Hintersassen, die sich jetzt mit den Polen sogar bei den Wahlen schon öffentlich verbünden, während es früher bei den Deutschen als Ehrensache galt, in national gemischten Wahlkreisen unter allen Umständen zusammenzuhalten. Hierzu trägt allerdings nicht wenig bei, daß sich in den letzten Jahren der Gegensatz zwischen den Vertretern der Verkehrsinteressen und den Vorkämpfern der Landwirtschaft gewaltig verschärft und eine Bedeutung gewonnen hat, von der man früher nichts ahnte. Seitdem sich also die Konservativen und „Agrarier“ politisch gegen die Polen stellen, mit denen sie ehemals wirtschaftlich oft zusammengehen konnten, treibt der Haß gegen sie einen Teil der Freisinnigen ins polnische Lager, während ein anderer dem geschäftlichen Drucke weicht, den die Polen vortrefflich und zwar in steigendem Maße zu organisieren wissen. Gar nicht selten bringen ihre Blätter Verzeichnisse von deutschen Geschäften, die sich gegen die Thätigkeit des „Vereins zum Schutze des Deutschtums“ erklären, weil sie die polnische „Verfehlung“ fürchten. Selbst in dem als ganz deutsch geltenden Danzig ist derartiges vorgekommen. Den Deutschen aber fällt es nicht ein, entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen. Teils hält sie Gleichgültigkeit davon ab, teils erscheinen ihnen solche Mittel nicht „erlaubt“. In diesem Sinn muß man zugeben, daß der „Verein zum Schutze des Deutschtums im Osten“ wider Willen zum Teil die Geschäfte der Polen besorgt; d. h. sein bloßes Dasein bietet ihnen den gewünschten Vorwand, um die Deutschen durch geschäftliche Benachteiligung einzuschüchtern und zu Gunsten polnischer Mitbewerber aus ihren Stellungen zu verdrängen. Wie Sachkenner behaupten, ist das schon in nicht geringem Maße gelungen; um so bedenklicher aber muß es erscheinen, als die allmähliche Heranbildung eines polnischen Mittelstandes sich im unmittelbaren Zusammenhange damit vollzieht. Wie in allen slavischen Gebieten hat dieser Mittelstand auch in preussisch Polen bisher gefehlt. Das Geschäft im weitesten Sinne des Wortes befand sich in deutschen Händen,\*) und so konnte man den deutschen Charakter der Städte bis zu einem gewissen Grade wenigstens für gesichert halten. Tritt nun an Stelle dieses deutschen Geschäfts das polnische, so wäre das allerdings ganz

\*) Sehr häufig allerdings auch in jüdischen. D. V.

dazu angethan, eine grundstürzende Veränderung anzubahnen; denn auf das Beamtentum allein vermag sich das deutsche Wesen in den östlichen Städten nicht zu stützen. In der That treten die Anzeichen der Polonisierung dort schon heute vielfach recht deutlich hervor. An Orten, wo vor einem oder ein paar Jahrzehnten noch kein polnisches Wort vernommen wurde, drängt sich die „zweite Landessprache“ zum Schaden der ersten überall vor. Dazu hat eigentümlicher Weise auch das Ansiedelungs Gesetz beigetragen, indem es nämlich zahlreichen polnischen Gutsbesitzern die Möglichkeit bot, mit dem Erlös ihrer an den preussischen Staat verkauften Güter in die Stadt zu ziehen und dort zum Vorteil des polnischen Geschäfts von ihren Renten zu leben. Für den Polen versteht es sich überall von selbst, daß er, wenn er irgend kann, nur bei dem Landsmann kauft und bestellt, während der Deutsche wie gesagt in diesem Punkt meist ebenso gleichgültig ist als in vielem anderen, wo es darauf ankommt, zusammenzuhalten. Für den Schaden, der der Gesamtheit daraus erwächst, hat er trotz der furchtbaren Lehren der Vergangenheit keinen rechten Sinn; zudem aber weiß er die Bedeutung des Äußeren, Formalen in der Welt nicht gebührend zu schätzen. Es kommt ihm „kindisch“ vor, solchen Dingen irgend welche Tragweite beizumessen; daß die ganze übrige Welt darüber anders denkt, sieht ihn nicht an; er thut, was ihm gerade das Bequemste ist, und damit gut. In dieser Hinsicht versehen es auch, wie nicht geleugnet werden kann, so manche sonst patriotisch denkende Landwirte im Osten; sie halten nicht darauf, daß ihr Gesinde deutsch redet, sondern ziehen es sogar vor, mit den Leuten polnisch zu sprechen, während die Polen auch in diesem Punkt viel praktischer denken. Auf ihren Gütern soll die eigene Sprache herrschen; sie lassen sich den Einbruch des Deutschen nicht gefallen, jetzt weniger als je. Allerdings kommt ihnen die Notlage der Landwirtschaft dabei zu statten, denn diese zwingt die deutschen Besitzer, sich nach Arbeitern aus russisch Polen umzusehen, die nur ihre eigene Sprache kennen, so daß es sich von selbst verbietet, sie zum Gebrauch des Deutschen anzuhalten, Dennoch könnte in dieser Richtung viel mehr geschehen, wenn die Deutschen eben nicht so wenig Wert darauf legten, ihrer Sprache in allen Verhältnissen des Lebens den Vorrang zu wahren, den sie als

Staatsprache ohnehin schon hat. Es soll nichts Seltenes sein, daß sie sogar in städtischen Geschäften, wo jedermann deutsch versteht, lieber polnisch reden. Auch ohne nähere Kenntniss darf man das ohne weiteres glauben, denn unsere Landsleute machen es auch sonst vielfach nicht anders. In Rußland geben sie sich die erdenklichste Mühe, russisch zu radebrechen; in England würden sie um keinen Preis ein nicht englisches Wort über ihre Lippen bringen, in Frankreich vollends versteht es sich von selbst, daß sie alles vermeiden, was sie als Deutsche kenntlich machen würde. Daß sie es auch in unserem eigenen Osten thun, wie sie es ja im Reichslande mitunter vorziehen, als Franzosen zu erscheinen, darf also niemand wundern. Dieser Mangel an natürlichem Selbstgefühl, der sich bei uns überdies durch Einwirkungen geschäftlicher Art verstärkt, trägt die Hauptschuld daran, daß der deutsche Name in der weiten Welt durchaus nicht in dem Maße geachtet wird, als er es nach Maßgabe unserer gegenwärtigen äußeren Machtstellung eigentlich sollte, und nicht minder wird hierin am letzten Ende die Erklärung dafür gesucht werden müssen, daß alle Anstrengungen, der fremden Elemente im Reiche Herr zu werden, ihrer Propaganda ein Ziel zu setzen, bis jetzt erfolglos blieben. Der Staat kann eben nicht alles allein thun; der Einzelne muß ihn durch sein Gesamtverhalten unterstützen. Thut er es nicht, so kann das die schon erwähnte tragikomische Folge haben, daß die zum Schutze des deutschen Volkstums erlassenen Gesetze in umgekehrtem Sinne wirken. Hierauf hinzuweisen, mag seine Bedenken haben, denn gerade mit diesem Argument pflegen Centrum und Freisinnige die Polenpolitik der Regierung im preußischen Landtag zu bekämpfen. Sie vergessen aber freilich dabei, daß sie selbst die Verantwortung dafür tragen, weil sie es, wie wir gesehen, ja vornehmlich sind, die die Deutschen des Ostens in ihrer national gleichgültigen, schlaffen Haltung bestärken, um daraus in parteipolitischem Sinne Vorteil zu ziehen. Wenn man vom nationalen Standpunkt auf diese schwache Stelle unserer Rüstung aufmerksam macht, so hat das einen ganz anderen Sinn und verdient durchaus beherzigt zu werden; denn nur wenn der Sitz des Übels erkannt wird, lassen sich entsprechende Maßnahmen zu seiner Überwindung treffen.

Dazu gehört aber auch, daß das Wesen des Gegners richtig, d. h. seinem vollen Umfange und seiner ganzen Bedeutung nach gewürdigt werde; und eben daran fehlt es bei uns noch immer sehr, wie es uns überhaupt fast unmöglich ist, die Natur des Slaventums und die tieferen Beweggründe, von denen es in seinen Handlungen geleitet wird, gehörig zu erfassen. Die unausgesetzte Täuschung, in der man hinsichtlich Rußlands lebt, bietet hiefür ein geradezu klassisches Beispiel; doch können wir uns an dieser Stelle damit nicht eingehender befassen, sondern nur in so weit, als sich russische und polnische Art berühren. Den verwandten Zügen stehen die stark, ja man möchte sagen grundsätzlich abweichenden gegenüber. Zu jenen muß vor allem die große Unzuverlässigkeit und der Mangel an Wahrheitsliebe gerechnet werden, der uns bei den einen wie bei den andern bei näherer Bekanntschaft auffällt. Wahrheitsmut gehört freilich auch bei den Germanen keineswegs in dem Maße zu den bezeichnenden Charakterzügen, als die Stammesüberhebung zu häufig meint; der Durchschnittsmensch hilft sich überall, also auch bei ihnen, mit dem „erlaubten“ Mittel der „Notlüge“ durch. Bei den Slaven aber wird der Neigung zur Unwahrhaftigkeit nur zu oft wie einer besonderen Art von „Sport“ gefröhnt, und da versteht es sich von selbst, daß auch die Beziehungen zu andern Völkern und Stämmen davon erst recht nicht ausgenommen werden, d. h. es hat sich eine Kunst der „politischen Heuchelei“ entwickelt, die alles hinter sich läßt, was wir in Mittel- und Westeuropa kennen, und die in den „Potemtschen Dörfern“ ja auch längst ihren berühmt gewordenen typischen Ausdruck findet. Wo das Wesen nicht dazu angethan ist, nach außen zu imponieren, da muß eben der Schein das Seinige thun, und darin wird in der östlichen Welt von jeher das weitaus Größte geleistet. Wem nun auf diesem Gebiet die „Palme“ gebührt, den Russen oder den Polen, das untersuchen wir hier nicht. Genug, daß uns beide fortwährend über ihre eigene Beurteilung wie über ihre wahren Absichten irre zu führen wissen; selbst dann, wenn sie es für unnötig halten, daraus ein Geheimnis zu machen. Unwillkürlich messen wir sie immer wieder an uns selbst und an den Zuständen, die wir schaffen, und so verschiebt und verzerrt das Bild sich stets zu unserem Schaden; denn jene wissen uns von

ihrem Standpunkt sehr geschickt zu beurteilen und zu nehmen. Wenn sie sich aber in diesem Sinn ähneln, so kann man sich andererseits kaum einen stärkeren Gegensatz denken, als ihn die aristokratisch angelegten Polen und die von durchaus demokratischen Instinkten bewegten Russen darstellen. Die Polen gehören mit den Engländern und Magyaren zu den wenigen „Herrenvölkern“, die es giebt, während die Russen ihrem eigenen Zugeständnis nach als Einzelne dazu geschaffen sind, zu dienen, den Befehlen anderer blindlings zu folgen. Vom christlichen Standpunkt hat diese Eigenschaft des „Herrenvolks“ für uns natürlich keinen Wert; um so weniger wenn wir die geschichtliche Entwicklung ins Auge fassen, die uns bei den „Herrenvölkern“ überall die abstoßendsten Beispiele von grausamer Härte und unmenschlichem Hochmut zeigt; allein im Sinne dieser Welt bedeutet es allerdings sehr viel, ob man dazu da ist, ein „Herr“ zu sein oder ein „Knecht“. Die Briten haben das gewaltigste Reich der Erde gegründet. Die Magyaren sehen wir wenigstens den „Globus von Ungarn“, so zu sagen, unumchränkt beherrschen. Die Polen sind allerdings im formal staatlichen Sinn das Gegenteil eines „Herrenvolkes“ geworden. Thatsächlich aber haben sie ihre soziale Stellung auch unter den ungünstigsten Umständen zu behaupten verstanden und es neuerdings „in Österreich wenigstens“ auch politisch wieder zu Einfluß und Ansehen gebracht. Auch ihr Untergang als Nation aber läßt ihr Wesen sehr deutlich erkennen. Sie sind daran gescheitert, daß die aristokratische Seite ihres Wesens zu stark und ungehindert hervortreten konnte. Wo sich keiner dem andern unterordnet, da müssen anarchische Zustände entstehen, und an der gegenseitigen Lahmlegung seiner Kräfte ist der polnische Staat als solcher gestorben; das hat auch das Mißlingen aller Aufstandsversuche seit hundert Jahren verschuldet und würde wahrscheinlich dieselbe Wirkung haben, wenn es glückte, den großpolnischen Staat nach dem Rezept der bekannten „Macher“ je wieder aufzurichten. Freilich wird jetzt viel von der schon erwähnten Bildung eines polnischen Mittelstandes erwartet; und es mag ja sein, daß dieser Mittelstand sich den Zwecken der Propaganda bis auf weiteres sehr nützlich erweist, indem er nämlich dazu dient, das Deutschtum im Osten, besonders in den Städten, zurückzudrängen;

daß er sich aber auch dann unterordnen würde, wenn die Provinzen Posen und Westpreußen samt Oberschlesien und womöglich auch ein Stück Pommern nicht mehr Teile Preußens, sondern Großpolens wären, wird niemand glauben, der den gegenseitigen Haß zwischen „Weißen“ und „Roten“, Aristokraten und Demokraten, einigermaßen kennt. Schon jetzt besteht zwischen den beiden Richtungen ein Gegensatz, der nur mühsam und eben nur deshalb auch äußerlich überwunden werden kann, weil der gemeinsame Feind, das im preußischen Staat verkörperte evangelische Deutschtum, da ist, den es gilt, auf Tod und Leben zu bekämpfen, um die Voraussetzung für die Wiedererstehung Großpolens zu schaffen. Sobald dieser Feind besiegt wäre, würde der innere Hader lichterloh entbrennen und das Ende sich schwerlich sehr anmutig gestalten.

Doch dies sind Dinge, die uns hier nicht kümmern, weil sie es nicht mit der Gegenwart und den Verhältnissen zu thun haben, die sie uns bietet. Für uns kommt nur die Leistungsfähigkeit der Polen dem Deutschtum gegenüber in Betracht; das aber sieht man sogleich, daß die eben gekennzeichneten Eigenschaften derselben ihnen in diesem Stadium der Entwicklung die besten Dienste leisten; Dienste, mit denen wir unsererseits nicht aufwarten können, weil den Deutschen gerade das abgeht, was die Polen als „geborene Herren“ in so hohem Maße besitzen: die Gewohnheit zu befehlen, sich überall als die Ersten zu fühlen und demgemäß aufzutreten. Die Bedeutung dieser Thatsache im nationalen Kampfe läßt sich kaum überschätzen; sie bedingt einen Vorsprung, der niemals ganz eingeholt werden kann, weil allein das äußerlich Glänzende der ungeheueren Mehrzahl der Menschen imponiert und sie mit der Vorstellung erfüllt, daß sie sich beugen müssen, während die solidesten inneren Eigenschaften entweder gar nicht erkannt oder gründlich verkannt zu werden pflegen. Jedenfalls sind sie in den politischen und nationalen Kämpfen dieser Welt sehr wenig zu brauchen, und wenn die Deutschen vor andern Völkern, die dabei eine Rolle spielen, mit diesen Eigenschaften — *cum grano salis* natürlich — im Großen und Ganzen am besten ausgestattet sind, so erklärt sich die „Aschenbrödelstellung“, die sie geschichtlich lange eingenommen haben und thatsächlich zum Teil noch immer einnehmen, ganz ungezwungen; auch auf dem eigenen Boden wie hier,

wo sie es, wie gesagt, allerdings mit einem besonders begabten Gegner zu thun haben. Man vergleiche doch nur das Äußere des polnischen Edelmanns oder Prälaten mit dem des deutschen Bürgermanns, wie er im Osten sich durchschnittlich findet. Mag er ein goldenes Herz besitzen und seine Vermögensverhältnisse in bester Ordnung haben — sein Äußeres steht hinter dem des andern so weit zurück, daß die Welt keinen Augenblick im Zweifel sein wird, wen sie für den „Gebietet“ zu halten habe. Nun kommt noch hinzu, daß der deutsche „Bürgermann“ keineswegs immer ein solches „Ideal“ sittlicher Vollkommenheit darstellt, das der Pole zu beneiden hätte; recht oft steckt ein schäbiger Jude dahinter, und auch das nicht jüdische Kleinbürgertum der östlichen Landstädte ist nicht durchweg von der Art, daß sich mit ihm in irgend einer Hinsicht „Staat“ machen ließe. Wer je einen Blick in diese Städte geworfen, wird uns darin kaum Unrecht geben. Es fehlt also vielfach der rechte Stoff, um den Widerstand der Deutschen gegen das mit allen Mitteln arbeitende Polentum gehörig zu organisieren. Wenn nicht alles trügt, hat auch der „Verein zum Schutze des Deutschtums im Osten“ gerade mit dieser Schwierigkeit sehr viel zu schaffen. Er sucht das deutsche Geschäft, das deutsche Handwerk u. s. w. durch Zuweisung von Kundenschaft und Arbeitskräften zu heben, muß aber nicht selten die Erfahrung machen, daß die Geschäftsleute und Handwerker aus Furcht vor der polnischen „Behme“, die überall mit Argusaugen lauert, sich seine Hilfe verbitten, und sie sich, wie schon erwähnt, in öffentlichen Erklärungen gegen jede Beziehung zu ihm verwahren!! Auf polnischer Seite kommt so etwas nicht vor, weil die Polen weit mehr Nationalstolz besitzen und weil sie sich vor deutschem „Bojkott“ sicher wissen. Aber das eben ist ein Moment mehr, das den ohnehin ungleichen Kampf erschwert; die Hauptsache bleibt freilich die Stellung der katholischen Hierarchie und wird es immer bleiben. Nicht oft genug kann man wiederholen: sie ist der Kern der Sache! Der Gegensatz gegen das evangelische Wesen bestimmt im Grunde alles. Dem evangelischen deutschen Staat wird sie niemals das Zugeständnis machen, noch ihm die Aufsaugung seiner polnischen Unterthanen erleichtern helfen; sie thut es ja nicht einmal dem katholischen Österreich gegenüber. Ihr Mißtrauen gegen alles Deutsche ist so groß, daß

sie sich selbst mit den hussitisch gesinnten Jungtschechen besser verträgt als mit den Deutschen, obwohl auch diese ihrer ungeheueren Mehrheit nach dem katholischen Bekenntnis angehören. Die Erinnerung, daß es einer Gegenreformation bedurft hat, um diese Deutschen für die alte Kirche wieder zu gewinnen, scheint in Rom noch keineswegs erloschen zu sein; und wahr ist es ja auch, daß in Deutsch-Oesterreich gewisse protestantische Neigungen hervorzutreten beginnen. Wir von unserem positiven Standpunkt legen ihnen freilich keine große Bedeutung bei, weil nationale Beweggründe hier eine ungleich größere Rolle spielen als die christliche Erkenntnis selber; allein die Römischen haben doch alle Ursache, die Sache anders zu betrachten; für sie handelt es sich darum, ihren „Besitzstand“ zu erhalten, und das pflegt ja überall den Ausschlag zu geben, in unserem Osten nicht minder als sonst wo in der Welt. Die Polen, das sahen wir schon, gelten seit den Tagen der jesuitischen Eroberungszüge als die zuverlässigsten Elemente, über die Rom verfügt; gerade sie dürfen der Kirche um keinen Preis entfremdet werden. Nun ist zwar nichts gewisser, als daß kein Mensch bei uns daran denkt, die Polen evangelisch zu machen; auch die thun es nicht, die es für möglich halten, sie zum Deutschtum zu bekehren. Allein das Mißtrauen Roms läßt sich durch nichts besiegen. Die Eindrücke des Kulturkampfes werden niemals schwinden, hier liegt ein weltgeschichtlicher Mißgriff vor, den keine politische Kunst der Erde wieder gut zu machen vermag; er wird der schwache Punkt an der Rüstung Bismarcks bleiben, der Punkt, an dem selbst dieser „Siegfried“ verwundbar erscheint. Unsere Katholiken aber fühlen sich mit Rom dermaßen solidarisch, daß sie sich verpflichtet glauben, jede nationale Rücksicht bei Seite zu setzen und den Polen bei ihrer Auffässigkeit gegen den deutschen Staat zu helfen, ja selbst ihren Versuchen, die eigenen katholischen Landsleute zu polonisieren, nicht entgegenzutreten, um das gute Einvernehmen nur ja nicht zu stören! Die Polen lassen sich diese Handlangerdienste natürlich gern gefallen; sie in irgend einer Weise anders als mit wohlfeilen Worten zu erwidern, fällt ihnen aber gar nicht ein. Das haben die deutschen Katholiken, wie wir gesehen, zu ihrem Schaden häufig genug erfahren; aber es fehlt ihnen der Mut, um sich zur Wehr zu setzen. Namentlich kann man

das in Oberschlesien sehen, das früher zu den sichersten „Hochburgen“ des Zentrums (bei den Wahlen) zählte, jetzt aber nach und nach in polnischen Besitz übergeht, ohne daß das Zentrum es dem gegenüber zu einer entschiedenen Haltung zu bringen vermöchte. Immer wieder wiegt die Rücksicht auf die Bundesgenossenschaft mit den Polen vor; keine Erfahrung ist bitter genug, um eine Änderung des bisher befolgten Systems herbeizuführen. Auch in Österreich haben die Klerikalen bis jetzt mit den vereinigten Slaven gegen die übrigen Deutschen zusammengehalten. Ganz neuerdings beginnt allerdings eine Wendung\*) einzutreten, deren Folgen sich noch nicht absehen lassen, weil die Bedeutung des slavischen Elementes dort eine ganz andere, ungleich größere ist, als bei uns. Die klerikalen Deutschen haben es dort in der Hand, der gesamten inneren Politik Cisleithaniens eine veränderte Richtung zu geben. Wenn sie sich von der bisherigen slavisch-föderalistischen Mehrheit im Reichsrat trennten, würden insbesondere die staatsrechtlichen Ziele der Tschechen zu bloßen Phantasiegebilden werden, und nichts könnte den Interessen der Monarchie nach innen wie nach außen, d. h. hinsichtlich ihrer Beziehungen zu Ungarn, dienlicher sein als eben das. Denn diese tschechischen Phantastereien legen die österreichische Politik seit Jahrzehnten lahm und zwingen sie im Kielwasser Ungarns zu steuern, zum größten Schaden ihrer ideellen wie materiellen Interessen, weil der Einfluß der Deutschen auf die Entwicklung des Landes dadurch geschwächt und dasselbe genötigt wird, sich bei den Ausgleichsverhandlungen den Geboten Ungarns zu unterwerfen. Zum erstenmal seit 1867 wird jetzt, d. h. seit über einem Jahr, ein ernst gemeinter Widerstand versucht; ob derselbe aber zum Ziele führt, d. h. die abermalige Übervorteilung Cisleithaniens verhindert, steht sehr dahin. Geschicht es nicht, so werden dieselben Einflüsse dafür verantwortlich zu machen sein, die sich schon seither verderblich erwiesen haben. Graf Badeni nahm im Jahr 1897 einen Anlauf, um den ungarischen Anforderungen gehörig zu begegnen. Gleichzeitig aber erließ er auch (5. Mai 1897) die berüchtigten Sprachenverordnungen, welche die Deutschen zu verzweifelter Gegenwehr trieben und es so verschuldeten, daß das

\*) Das hat sich inzwischen wieder verschoben. D. B.

ganze Jahr mit zerrüttenden Kämpfen in und außer dem Parlament ausgefüllt wurde, die es unmöglich machten, Ungarn mit dem nötigen Nachdrucke entgegenzutreten, so daß das neue Jahr, das den Grafen Badeni nicht mehr am Ruder sah, bei seinem Beginn keine Fortschritte der Verhandlungen zu verzeichnen hatte. Die Slaven und namentlich die Tschechen lassen es zu keiner Verständigung mit den Deutschen kommen, und ihr Einfluß ist nach wie vor groß genug, um die Regierung an einer jeden befriedigenden Regelung der Sprachenfrage zu hindern. Diese Frage ist das Verhängnis Österreichs geworden, und leider muß zugegeben werden, daß die Deutschen selbst mit die Schuld daran tragen. In den siebziger Jahren, als sie das Feld unter dem Ministerium Auersperg, Herbst unbedingt beherrschten, haben sie es nicht der Mühe wert gehalten, das Deutsche gesetzlich zur Staatsprache zu machen. Die damals versäumte Gelegenheit wird niemals wiederkehren. Jetzt beanspruchen die Slaven volle Gleichberechtigung für ihre halbbarbarischen Idiome; im Hintergrund aber lauert, wie jedermann weiß, deren alleinige Herrschaft in den Kronländern, die sich einer gemischten Bevölkerung „erfreuen“. Zu diesen wird jetzt auch Nieder-Österreich schon gerechnet, weil in der Reichs- und Landeshauptstadt Wien zahlreiche Tschechen wohnen! Die einzige Aussicht, welche sich den Deutschen heute eröffnet, ist deshalb die auf unabsehbare und zugleich unfruchtbare, zerrüttende Kämpfe um Dinge, die anderswo längst außerhalb des Treibens der Parteien stehen und ihre Leidenschaften nicht ansachen können. Wo aber so viel Kraft auf ein derartiges Moment aufgewendet werden muß, da kann für andere Aufgaben nicht viel übrig bleiben; die Folge wird sein, daß Österreich politisch und wirtschaftlich verkümmert und seine Stellung auf dem großen Markt der Menschheit verliert. Dem einheitlich, wenn auch keineswegs weise, im höheren Sinn, regierten Ungarn\*) gegenüber geht es schon heute stark zurück, und wird ihm wahrscheinlich auch bei den gegenwärtigen Ausgleichsverhandlungen zuletzt den „Löwenanteil“ lassen müssen. Der Grund dieser Überlegenheit des Magharentums, wie sie sich seit mehr als dreißig Jahren, man darf wohl sagen in jedem einzelnen Falle gezeigt hat, beruht auf dem außerordentlich

\*) Dort geht es neuerdings auch drunter und drüber. D. B.

entwickelten politischen Instinkte dieses Stammes, der sich seine beherrschende Stellung durch unverbrüchliches Zusammenhalten zu bewahren verstanden hat; im engsten Zusammenhange damit steht die entschlossene Abwehr, die er den ultramontanen Zumutungen gegenüber ebenso folgerichtig und zäh geübt hat und noch immer übt. Daß die westliche Reichshälfte der östlichen nahezu politische und wirtschaftliche Heeresfolge zu leisten genötigt ist, erklärt sich der Hauptsache nach daraus, daß Rom hier seit den Tagen der Reformation immer unbedingter maßgebenden Einfluß hat gewinnen können, den es noch heute, wenn schon in weniger offenkundiger Form als sonst, besitzt, um ihn zum Schaden des einzigen wirklich leistungsfähigen Volksstammes zu mißbrauchen. Wer nach dem tiefsten Grunde des lange unverföhnlich scheinenden Gegensatzes zwischen Österreich und Preußen suchen wollte, würde ihn ebenfalls in dem Haß Roms gegen alles evangelische Wesen finden. Auf den Schlachtfeldern des dreißigjährigen Krieges bis zu denen des siebenjährigen und endlich des siebenwöchentlichen von 1866 herunter — immer sind es die Jesuiten, die mit gierigen Händen hinter den Koulissen schüren und sich durch keinen Mißerfolg abhalten lassen, es von Neuem zu versuchen. Erst die Ereignisse der Jahre 1866 und 1870/71 scheinen sie zu der Erkenntnis gebracht zu haben, daß sich auf dem Wege der nackten Gewalt gegen das neue Reich mit seinem evangelischen Kaiser nichts mehr werde ausrichten lassen. Wir sehen sie sich jetzt mit noch anderen, weniger auffälligen Mitteln bemühen; allein der Haß bleibt derselbe; darüber dürfen wir uns nicht täuschen; er tritt uns in dem Verhalten der Polen entgegen, wie er sich auch in den Feindseligkeiten der reichsländischen „Protestler“ verkörpert. So lange unsere einheimischen Katholiken gleichwohl die förmliche Zurückberufung des Ordens und der ihm „verwandten Kongregationen“ verlangen, dürfen wir zu ihrer nationalen Gesinnung kein Vertrauen haben, in dem Sinne wenigstens nicht, als unser evangelisches Bewußtsein es verlangt; denn ein katholisches Reich darf Deutschland niemals werden; gerade das aber hat sich, wie auf dem Katholikentag zu Landshut im Jahr 1897 der Abgeordnete Dr. Bache m recht unvorsichtig verriet, Rom zu seinem „Programm“ gemacht; das soll als letztes Ziel des Strebens gelten, während es gleichzeitig, um

uns Evangelischen und Deutschgesinnten seine ganze Mißachtung zu zeigen, jenes tief verletzende Rundschreiben an die deutschen, österreichischen und schweizerischen Bischöfe erließ, welches den heiligen Canisius als „Helden der Gegenreformation“ verherrlichen sollte. Diese Zusammenhänge sind, so weit wir sehen, kaum irgendwo ausreichend gewürdigt worden; sie verdienen aber die ernsteste Beachtung aller, denen es darum zu thun ist, die ultramontane Gefahr (in der weitesten Bedeutung des Wortes) nicht unterschätzt zu sehen, diese Gefahr, die schon am Anfange unserer Geschichte steht, um uns durch alle Phasen unserer Entwicklung in den verschiedensten Formen zu begleiten, stets aber mit der Wirkung, daß die Deutschen der mühsam errungenen nationalen Güter nicht froh werden konnten. So ist uns ja auch die Freude am „neuen Reich“ durch den „Kulturkampf“ gründlich verdorben worden, und dessen Beendigung ist mit der Wiederherstellung des konfessionellen Friedens keineswegs gleichbedeutend gewesen. Alle antinationalen Bestrebungen aber haben im Ultramontanismus stets den eifrigsten Förderer gehabt. Die Welfenpartei ist unter den Flügeln des Zentrums groß geworden; einer ihrer Hauptleiter hat daselbe sogar fast ein Vierteljahrhundert lang mit schier diktatorischer Machtvollkommenheit geführt, und noch heute sind die Beziehungen zwischen beiden Gruppen keineswegs gelöst, wenn auch nicht mehr so ganz innig wie noch vor wenigen Jahren. Ebenso wissen sich die reichsländischen „Protestler“ der stillen Sympathien, mitunter aber auch der offenen Unterstützung des Zentrums sicher, das darauf ausgeht, sich in Elsaß-Lothringen eine neue „Hochburg“ zu schaffen, und sich deshalb hütet, die französischen Neigungen seiner dortigen Glaubensgenossen in irgend einer Weise vor den Kopf zu stoßen. Selbst die evangelischen Nordschleswiger werden nicht ganz schlecht behandelt, obwohl verhältnismäßig kühl, wie es sich „Regern“ gegenüber ziemt. Die „verwöhnten Lieblinge“ aber sind, wie wir gesehen, die Polen, mit denen wir uns vornehmlich aus diesen Gründen besonders befassen; denn obschon sie manche zum Herrschen befähigende Eigenschaften besitzen, würden sie sich, auf sich selber angewiesen, doch schwerlich zu halten vermögen. Dazu sind sie in wirtschaftlichem Sinn nicht tüchtig genug, obwohl es ihnen auch auf diesem Gebiet an unleugbarer Begabung nicht

fehlt und sie gegen früher erhebliche Fortschritte gemacht haben. Ihre Talente werden durch Unzuverlässigkeit und Neigung zum Aufwand in ihrer Bedeutung vielfach beeinträchtigt und sogar neutralisiert. Deshalb haben viele zum Teil halbgebildete deutsche Landwirte in Posen und Westpreußen an die Stelle mancher polnischen Grundherren treten können; der polnische Einfluß ist in dieser Richtung zurückgegangen, während der Kleingrundbesitz die umgekehrte Erscheinung zeigt, d. h. die polnischen Bauern nehmen zu, dank zum Teil allerdings der eigentümlichen Thätigkeit der mit der Einrichtung der Rentengüter beauftragten „General-Kommissionen“, welche es für ihre Aufgabe halten oder doch bis vor Kurzem hielten, Deutsche und Polen mit gleicher „Unparteilichkeit“ zu behandeln, d. h. zur Errichtung polnischer Rentengüter behilflich zu sein und dadurch, wenn auch unbewußt, die Geschäfte der Propaganda besorgen zu helfen. Dem allem kann jedoch, wie schon gesagt, im Vergleich zu der umfassenden Wirksamkeit der katholischen Kirche und ihrer verschiedenen Organe nur nebensächliche Bedeutung zuerkannt werden. Von der polnischen Hierarchie im Osten wird den polnischen Bestrebungen, welcher Art immer sie sein mögen, eine ebenso aufmerksame und unermüdlige Förderung zu teil, wie von eben dieser Seite nichts unterbleibt, was dem Fortschritt und der Festigung des Deutschtums hinderlich sein könnte. Daß man sich bei uns darüber Jahrzehnte lang hat täuschen lassen, gehört zu den vielen Unbegreiflichkeiten, von denen es im modernen Leben gerade so gut wimmelt, als in früheren, angeblich „unreiferen“ Zeitläuften auch. Anscheinend hat es bis vor gar nicht langer Zeit genügt, daß ein polnischer Prälat, wenn er sich in Berlin zeigte, alles, was über die Ziele der Propaganda und die von ihr gebrauchten Mittel in die Öffentlichkeit gedrungen war, schlechtweg für un begründet erklärte, was die Polen ja auch in den Parlamenten mit einer Ungeniertheit thun, die sich nur durch ihr erstaunliches Schauspielertalent erklärt. Wir Deutschen besitzen dieses Talent in so geringem Maße, daß wir es nur selten über uns bringen, in den äußerlich treuherzig und überzeugend klingenden Worten der Polen nichts als wohlüberlegte Täuschung zu suchen, und doch würden wir damit in 9 Fällen unter 10 das Richtige treffen. Die schon erwähnte Neigung des Polentums zur Unaufrichtigkeit findet einen

förmlichen Genuß darin, uns über ihre letzten Absichten auf diese Weise irre zu führen, ganz abgesehen von den politischen Zwecken, die sie dabei verfolgen. Sogar die ungleich schlauerer, selbst im höchsten Grade unzuverlässigen Russen lassen sich durch diese Kunst des „Heuchelscheins“ nicht selten täuschen, wenn auch seit einem Menschenalter nicht mehr in dem Maße, wie ehemals. Im Jahre 1862 stand Polen dicht vor dem Zugeständnis einer weiten Selbständigkeit, wie es sie seit 1830 nicht mehr gekannt. Marquis Wielopolski hatte das Vertrauen Alexanders II. in dem Grade gewonnen, daß ihm die Leitung des neuen Staatswesens mit den umfassendsten Vollmachten übertragen werden sollte. Da brach der alte Gegensatz zwischen den diplomatischen „Weißen“ und den hirnverbrannten „Roten“ abermals auf das heftigste hervor, und es kam zu einem Aufstand (Januar 1863), an dessen Folgen das Polentum, wenn nicht alles täuscht, zu tragen haben wird, so lange es besteht. Denn diese Erfahrung vermag Rußland nicht mehr zu vergessen. So oft der in St. Petersburg heimlich unausgesetzt thätige polnische Einfluß es dahin bringt, eine mildere Stimmung zu erzeugen, die sich gern in polenfreundliche Thaten umsetzen möchte, folgt der Rückschlag der unerbittlichen russischen „Staatsraison“ regelmäßig nach und der Druck wird stärker als zuvor. Das hat sich in besonders auffälliger, bezeichnender Weise im Herbst 1897, nach dem Aufenthalt des Zaren in Warschau, gezeigt. Damals konnte es einen Augenblick aussehen, als ob eine förmliche russisch-polnische Ausöhnung und Verbrüderung im Anzuge wäre. Die lästige, schwere Kriegsteuer, die seit 1883 auf dem Lande lastete, wurde aufgehoben, und es hieß, daß die polnische Sprache als ständiger Lehrgegenstand an den staatlichen Mittelschulen eingeführt werden solle. Aus alledem ist mit Ausnahme des erstgenannten Punktes nichts geworden. Die Ernennung des General Trojky zum Generalgouverneur von Lithauen beweist sogar, daß das Mißtrauen in Petersburg wieder die Oberhand gewonnen hat und daß man dort nicht daran denkt, die Zügel im Ernst zu lockern. Ganz unrecht kann man dem jetzigen russischen Standpunkt nicht geben. Die Polen sind durch kein Zugeständnis zu gewinnen; das ist eine geschichtliche Grundwahrheit, die für jeden unbefangenen Beobachter um so fester steht, je länger er die Taktik der Polen kennt. Sie

haben nur ein Ziel: Wiederherstellung des Reichs der Jagellonen vom Schwarzen Meer bis an die Ostsee; unter dem thun sie es nicht. Wer ihnen darin nicht unbedingt zu Willen ist, den betrachten sie als ihren Feind. Man muß sie daher entweder ganz sich selbst überlassen oder sie scharf im Zügel halten; ein drittes giebt es nicht. Die Russen haben sich mit Recht zum Letzteren entschlossen, während wir fortwährend zwischen „Zuckerbrod und Peitsche“ schwanken und uns erst ganz neuerdings mehr für das System der Strenge zu entscheiden beginnen. Damit ist aber unendlich viel kostbare Zeit verloren worden, so daß es sehr fraglich erscheint, ob das Versäumte überhaupt noch wird wieder gut gemacht werden können. Dem Verfassungsstaat sind die Hände überdies sehr gebunden; er kann nur in den seltensten Fällen thun, was er eigentlich möchte und was der gesunde Menschenverstand verlangt. Überall sieht er sich durch Bestimmungen zum Schutze der Person beschränkt, die ja an sich viel Gutes haben, im Kampf der Nationalitäten aber an Unzweckmäßigkeit das Äußerste leisten. Selbst die Äußerungen einer revolutionären Denkweise dürfen sich, wenn nur die Form einigermaßen gewahrt bleibt, ungestraft in die Öffentlichkeit wagen oder werden doch vergleichsweise sehr milde bestrafen. Sehr häufig kommt es auch vor, daß die Regierung, wenn sie gegen Derartiges einschreitet, von den Gerichten im Stich gelassen wird, die sich um politische Rücksichten nicht kümmern, sondern lediglich prüfen, ob der Buchstabe des Gesetzes verletzt ist oder nicht. An sich mag das löblich erscheinen, es beweist aber doch auch, daß wir in der Trennung der Gewalten zu weit gehen, indem wir die Gerichte dazu berufen, in letzter Instanz über Fragen zu entscheiden, die ihrer Natur nach Sache der Verwaltung bleiben müssen, wenn nicht die ausführenden Organe um ihr Ansehen kommen sollen, das hauptsächlich auf ihrem raschen und kräftigen Einschreiten beruht. Gerade den Polen gegenüber aber darf sich die Regierung in diesem Punkt nichts vergeben; niemand hat ein feineres Gefühl für die Macht als sie. Sobald sie hier Schwanken bemerken, ist es mit ihrer Fügsamkeit vorbei, sie denken nur daran, wie sie sich wieder zur Geltung bringen könnten. Eines der wesentlichsten Bedürfnisse der gegenwärtigen Lage in Polen und Westpreußen besteht deshalb darin, der Regierung

gesetzliche Befugnisse zu geben, die sich der Prüfung durch die Gerichte gewachsen zeigen. Wenn sich solche Fälle wie der mit dem Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen wiederholen, wo das regierungsseitig erlassene Verbot vom Obergericht für ungültig erklärt wurde, so müssen alle Versuche, das Ansehen der Regierung im Osten zu kräftigen, vergeblich bleiben. Die Russen sind uns darin sehr überlegen. Die Stellung der einzelnen Behörden ist zwar keineswegs sehr günstig; diese werden von der Bevölkerung ihrer praktischen Leistungsunfähigkeit wegen meist sehr wenig geachtet; die Regierung selbst dagegen wagt niemand anzutasten, weil ein jeder weiß, daß der Einzelne hier regelmäßig sehr schlecht fährt. Bei uns steht es umgekehrt so, daß die unteren Behörden, wenn man sie nur walten ließe, sich schon in Respekt zu setzen wüßten, während die Regierung sich, wie gesagt, nach allen Seiten eingeengt fühlt und deshalb oft nicht in der Lage ist, sie gehörig zu unterstützen.

Ebenso wenig vermag sie sich der kirchlichen Propaganda gegenüber frei zu bewegen. In Rußland, das auch hier als Beispiel dienen mag, geniert man sich nicht, einen widerharigen Bischof „bei Nacht und Nebel“ ins Innere zu schleppen, unter Umständen sogar in Sibirien verschwinden zu lassen; bei uns wirken die Erfahrungen des Kulturkampfes dermaßen nach, daß man sich selbst da besinnt, einzugreifen, wo die kirchlichen Behörden die polnischen Bestrebungen unverhüllt unterstützen. Verschiedene Prozesse der letzten Jahre haben darauf ein bezeichnendes Licht geworfen. Einmischung in die Zuständigkeit der Bischöfe — dessen möchte man sich am wenigsten schuldig machen. Wir raten gewiß nicht dazu, die Grenzen in willkürlicher Weise zu überschreiten; allein der gegenwärtige Stand der Dinge giebt der katholischen Kirche namentlich im Osten eine Macht, unter deren Handhabung die nationalstaatlichen Interessen leiden. Wenn der Staat es nicht duldet, daß die polnische Kirchenbehörde, auf ihre Unabhängigkeit pochend, die deutschen Katholiken im Osten des Gebrauchs ihrer eigenen Sprache im Gottesdienst beraubt und alle Vorstellungen unberücksichtigt läßt, so darf niemand das unbefugte Einmischen nennen. Der „Germania“ freilich genügte es schon, daß der konservative Abgeordnete v. Puttkamer-Plauth im preussischen

Abgeordnetenhaus auf diesen für uns beschämenden Stand der Dinge hinwies, um ihn der „Arroganz“ zu beschuldigen und ihm „Beeinträchtigung der kirchlichen Selbständigkeit“ vorzuwerfen. Dadurch aber dürfen wir uns nicht abhalten lassen, fort und fort auf Abstellung derartiger Mißstände zu dringen, die zum guten Teil daran schuld sind, daß das Polentum im Osten fortschreitet, statt, wie das der natürliche Verlauf der Dinge mit sich bringen müßte, zurückzugehen, um endlich zu verschwinden. Noch zu Anfang des Jahrhunderts hat es in Posen und Westpreußen deutsche Bauern gegeben, deren Nachkommen sich für „Kernpolen“ halten. Trotzdem beklagt sich das Zentrum bei jeder Gelegenheit darüber, daß die Katholiken als Ansiedler im Osten nicht gehörig berücksichtigt würden! Unter den Verhältnissen wie die genannten würde es selbstmörderische Thorheit sein, wenn der Staat seine Mittel, deren Bewilligung das Zentrum übrigens so beharrlich verweigert, dazu anwenden wollte, um die Geschäfte des Polonismus zu besorgen. Ihm das zumuten heißt dem nationalen Gedanken ins Gesicht schlagen — nichts weniger und nichts mehr. Wer dem Zentrum das aber sagte, darf sicher sein, den gekränktesten Mienen zu begegnen. Seiner Meinung nach ist es so „deutsch“ gesinnt als irgendwer; nur eine „falsche Politik“ will es nicht unterstützen. Nur schade, daß seine eigene „richtige Politik“ überall denjenigen zu gute kommt, denen das deutsche Reich ein Greuel ist und die es am liebsten zerstören möchten! Seit aber das erkannt worden ist, hat es freilich keine Aussicht mehr, in diesem Stück zum Ratgeber gemacht zu werden. Wenn man z. B. den Polen beikommen will, wird man sich in Zukunft an den Grundsatz halten, daß in der Regel das zweckmäßig sei, was das Zentrum nicht will und Hand in Hand mit den Polen bekämpft. Vor allem also: keine katholischen Ansiedler im Osten! An sich mögen sie ebenso brauchbar sein als die Protestanten, allein so lange es nicht möglich ist, sie vollständig gegen die polnisch-kirchlichen Bestrebungen abzuschließen, läßt sich nie übersehen, ob man sich nicht in ihnen mit der Zeit fanatische Gegner des Deutschtums großzieht. Dieser Verdacht ist beschämend genug; keine ernsthaft rechnende Politik wird ihn gleichwohl ohne weiteres von sich weisen.

Sodann: keine Simultanschulen und keine Ausdehnung

des polnischen Unterrichts, sei es in welcher Gestalt es wolle. Die Simultanschule, die von manchen für eine Art Allheilmittel gegen die Gefahr der Polonisierung gehalten wird, gilt den gläubigen evangelischen Geistlichen des Landes schon längst umgekehrt als eine Prämie auf katholische und damit auf polnische Gesinnung. Jetzt liegen die Dinge im Osten so, daß „evangelisch“ und „deutsch“ nahezu gleichbedeutend ist, ebenso „katholisch“ und „polnisch“. Indem die Simultanschule nur auf die Verflachung der positiv evangelischen Denkweise hinwirkt, muß sie in der That als mittelbare Förderin des polnisch-katholischen Wesens erscheinen. Halbgläubige Evangelische geben das freilich nicht zu, sondern bleiben dabei, daß die Simultanschule vielmehr das Deutschtum stütze; man darf diesen interessierten Behauptungen aber keinen Glauben schenken, sondern muß sich an die Auffassung der positiv-evangelischen Elemente halten, die die Konfessionsschule auch in nationalem Sinn für das Erstrebenswerte erklärt.

Den polnischen Privatunterricht möchten wir an sich nicht ganz verboten sehen. Wenn man aber immer wieder die Erfahrung macht, daß er der Hauptsache nach — namentlich auch von Damen — dazu benutzt wird, um deutsch- und preußenfeindliche Gesinnung zu pflegen, so bleibt am Ende doch nichts übrig, als auch in dieser Richtung streng zu verfahren. Jedenfalls aber ist der Privatunterricht auf das Haus zu beschränken; förmliche Unterrichtskurse dürfen nicht gebildet werden. Wir bedauern das, wie gesagt, sehr, indessen die revolutionäre Halsstarrigkeit der Polen läßt keine Wahl, und ebenso wenig kann uns ihre eigene Unduldsamkeit, wo sie wie in kirchlicher Beziehung die Stärkeren sind, zur Milde stimmen. Die Gerechtigkeitsliebe der Deutschen ist eine schöne Sache und wäre sehr am Platze, wenn irgend jemand sie sich zum Vorbild dienen ließe. Zum „Deckel der Bosheit“ aber darf sie nicht mehr werden; das würde sie gleichwohl, wenn wir den Polen gegenüber nicht das Gebot der Selbsterhaltung als das oberste ansehen lernten. Überdies aber ist es, sachlich betrachtet, ein gewaltiger Unterschied, ob die Polen genötigt werden, sich eine deutsche Bildung anzueignen, oder ob man die Deutschen künstlich in Polen verwandelt. Den einen wird der Zugang zu allen Hilfsmitteln und Schätzen der modernen Gesittung im weitesten Umfange

eröffnet und sie zum unumschränkten Wettbewerb zugelassen, die andern sperrt man gegen alle derartigen Einflüsse gewaltsam ab und drückt sie zu Bauern und kümmerlichen Kleinbürgern des Ostens herunter. Wir geben also und die Polen nehmen; ohne den Zwang, den der Deutsche jetzt auf dem Gebiet der Bildung ihnen gegenüber übt, würden sie nicht im stande sein, uns so gefährlich zu werden, als sie sich gegenwärtig zeigen. Erst die deutsche Volksschule, das deutsche Gymnasium und die deutsche Universität sowie der Dienst im deutschen Heere befähigen sie dazu, in der eigenen Provinz, aber auch außerhalb derselben mit dem vollen Anspruch auf Gleichberechtigung aufzutreten und die natürlichen Vorteile, die ihnen ihre Kenntnis der „zweiten Landessprache“ des Ostens, wie ihre gute Begabung und ihr gewandtes, liebenswürdiges Wesen bieten, voll auszunutzen. Sie sehen das ebenso gut ein als ihre Landsleute drüben in Kongreß-Polen, die sich das Russische derart anzueignen pflegen, daß es kaum möglich ist, sie a priori von den Moskowitern pur sang zu unterscheiden, da sie keinen Anstand nehmen, deren äußere Haltung bis zum Verwechseln nachzumachen, wie sie überhaupt das Polnische scheinbar verleugnen, freilich aber nur um es in glühender Seele desto unverbrüchlicher festzuhalten. Bei uns halten sie diese Verkleidung nicht für nötig, sondern kehren ihr Volkstum bei jeder Gelegenheit auf das Schärfste heraus. Als einen Beweis von besonderer Achtung dürfen wir das nicht betrachten, eher ließe sich das Gegenteil darin erblicken. Die Polen wie alle Ausländer wissen eben sehr gut, daß uns nichts mehr imponiert als ein festes, selbstbewusstes Wesen, sogar wenn es sich auf unsere Kosten äußert; warum sollten sie sich da genieren? So werden wir überall im Handumdrehen in die Verteidigung gedrängt, nicht einmal der deutsche Staat vermag uns diese beschämende Rolle zu ersparen, die sich für eine zur „Weltmacht“ aufsteigende Nation allerdings so wenig als möglich ziemt, die diese Nation aber gleichwohl als „gegeben“ ansieht, denn es fällt niemand ein, die jüngsten Maßnahmen der preußischen Regierung in einem andern Sinn aufzufassen oder auch nur zu wünschen, daß sie so aufzufassen wäre. Die Ansiedelungspolitik wird gern von den Polen wie vom Zentrum als „Vernichtungskampf“ gegen das Polentum bezeichnet, und in jedem anderen Lande würde man

sie nur unter dieser Voraussetzung begreifen. Bei uns aber soll sie in der That nur dazu dienen, das weitere Vordringen des Polentums zu verhindern; an seine endgiltige Befiegung wagt man gar nicht zu denken.

Und doch wäre dieses Ziel vielleicht nicht so schwer zu erreichen, als es scheint, wenn man sich auf unserer Seite zu einer zugleich festen und „realistischen“, d. h. mit den wahren Triebfedern der Menschennatur rechnenden Politik entschließen könnte. Dahin gehört neben den schon erwähnten Maßnahmen vor allem, daß der Osten mit einem besonders tüchtigen Beamtenmaterial ausgestattet und dieses Beamtentum in den Stand gesetzt werde, die Polen neben der Achtung, die es ihnen einflößt, an der Seite zu fassen, wo auch sie „sterblich“ sind, d. h. bei ihren materiellen Interessen. Wir würden Derartiges niemals anraten, wenn die Polen, ohne ihr Volkstum aufzugeben, zuverlässige Bürger des deutschen Staates wären, wie es z. B. die Deutschen in Rußland ohne Ausnahme sind. Wenn und so lange sie aber auf dem Standpunkt erzwungener Unterwerfung bleiben und keinen Hehl daraus machen, daß die Wiederaufrichtung des großpolnischen Reiches das Ziel ihres Strebens sei — so lang müssen wir uns ihnen gegenüber als im Kriegszustande befindlich betrachten und sind in diesem Sinn berechtigt, außerordentliche Mittel anzuwenden, d. h. den Polen im wirtschaftlichen Sinn den „Brodkorb höher zu hängen“ und die Gewährung der Vorteile dieser Art davon abhängig zu machen, daß sie sich von jedweder antideutschen Thätigkeit fern halten lernen. Bis zu einem gewissen Grade scheint diese Auffassung schon jetzt zur Geltung zu kommen. So ist die Zentralgenossenschaftskasse angewiesen worden, mit den polnischen Einrichtungen auf diesem Gebiet nur unter der Bedingung in Geschäftsverbindung zu treten, daß sie sich gegen die Deutschen nicht abschließen, dieselben vielmehr als gleichberechtigte Mitglieder aufnehmen und auch die deutsche Sprache neben der polnischen brauchen. Man wird ja sehen, ob und wie die polnischen Genossenschaften, falls sie sich fügen, diese Bedingungen einzuhalten suchen. Zunächst spricht die Wahrscheinlichkeit, wie wir sie kennen, dafür, daß sie sich mit rein äußeren Zugeständnissen abfinden, d. h. hie und da einen recht „zahmen“ Deutschen aufnehmen werden, ohne ihm

aber den geringsten Einfluß zuzugestehen. An solchen Leuten fehlt es nirgends, am wenigsten aber wird es den Polen schwer fallen, derartige „Anstandsdeutsche“ aufzutreiben, die man im Bedarfsfall vorweist, um sie dann wieder in den Winkel zu stellen. Wir glauben also nicht, daß diese Maßnahme sachlich ausreichen werde. Man muß viel weiter gehen und zum mindesten verlangen, daß die Deutschen im Vorstande der Genossenschaften ebenso zahlreich vertreten seien als die Polen, und daß ferner der deutschen Sprache die erste Stelle eingeräumt werde, nicht die zweite. In jedem andern Lande würde das als selbstverständlich gelten; unsere Schüchternheit ist aber noch immer nicht ganz überwunden, und so lange die Polen diesen Eindruck erhalten, werden wir ihnen vergeblich beizukommen suchen. Die unwägbaren Mächte sind es, die zuletzt alles entscheiden, die „suggestive“ Einwirkung eines entschlossenen Willens reicht ungleich weiter, als die oberflächliche Beobachtung ahnt. Das zeigt sich überall, wo sich Systemwechsel vollziehen, wo wir an die Stelle unsicheren Schwankens und mangelnder Folgerichtigkeit ein mit sich selbst einiges Vorgehen treten sehen, gleichviel ob dieses Vorgehen an sich berechnete Ziele verfolgt oder nicht. Einen sehr interessanten Beleg dafür bietet die Geschichte der Magyarisierungsbestrebungen in Ungarn, wie sie sich seit 1867 zeigen, und in nicht minder hohem Maße die der Russifizierung in den Ostseeprovinzen, die sich seit 1885 vollzieht. Beide treffen darin zusammen, daß sie aus Gründen rein äußerlich-zentralisierender und chauvinistischer Art die Vernichtung eines Kulturlements anstreben, dem Rußland wie Ungarn ihren Eintritt in die europäische Völkergemeinschaft verdanken, die man aber jetzt, wo man genug von ihnen gelernt zu haben glaubt, aus gekränkter Eigenliebe austampfen möchte. Allein wie niedrig und unbedeutend die hier maßgebenden Triebfedern sich erweisen: an der Wirksamkeit der Mittel, die ein unbeugsamer Staatswille unter ihrem Einfluß in Bewegung setzt, läßt sich — zu unserem Leidwesen müssen wir es sagen — weder in Rußland noch in Ungarn zweifeln. So weit zwar hat man es auch dort noch nicht gebracht, daß das Deutschtum ausgerottet worden wäre; wohl aber ist es gelungen, es nach außen um jede Bedeutung zu bringen und seinem Selbstgefühl einen Stoß zu versetzen, von dem es sich schwerlich

je wieder erholt. Von der großen Masse der Deutschen in Rußland wie in Ungarn wollen wir nicht einmal sprechen; denn diese hat sich von jeher ängstlich geduckt oder dem herrschenden Volkstum mit Leib und Seele in die Arme geworfen; unsere Bemerkungen beziehen sich allein auf die Balten und die siebenbürger Sachsen, die auf eine Geschichte von sieben Jahrhunderten zurückblicken und deshalb von Haus aus einen stark entwickelten Stammesstolz besaßen. Zu Anfang hat sich dieser Stolz auch nicht wenig gebäut. Weder bei den Balten noch bei den Sachsen fehlt es an Beispielen dafür. Als aber die Staatsgewalt dagegen völlig gleichgültig blieb und nicht die geringste Neigung zeigte, sich einschüchtern zu lassen, sind diese Regungen sehr bald verstummt, und heute fällt es niemanden mehr ein, über den inneren, im Willen wurzelnden Widerstand gegen die Entnationalisierung hinauszugehen oder sich von irgend welchen Kundgebungen äußerer Art das Mindeste zu versprechen. Selbst das Gesetz über die Magyarisierung der Ortsnamen hat hieran nicht das Geringste geändert. So groß die Erregung bei den betreffenden Volksstämmen auch war und gewiß noch ist, an ernsthafte Abwehrmaßregeln wird offenbar nirgends gedacht. Die Mehrzahl der sächsisch-siebenbürgischen Abgeordneten ist sogar im Verbands der Regierungspartei geblieben, und die Wähler scheinen sich damit zufrieden zu geben oder wagen das Verhalten ihrer Vertreter doch nicht offen zu tadeln, weil sie davon verdoppelte Belästigungen fürchten; ohne Zweifel mit Recht. Alle magyarischen Parteien sind im Stück der Magyarisierung einig, und in Wien, beim Könige, haben die Sachsen, wie die schroffe Abweisung der um Nichtbestätigung des Gesetzes bittenden sächsischen Frauen gelehrt hat, nicht das Geringste zu hoffen. Die Außenwelt aber ist in den letzten Jahrzehnten so „realistisch“ geworden, daß sie für kleine unterdrückte Minderheiten, die als solche nichts zu bieten vermögen, kaum noch ein Achselzucken übrig hat. Die Unterdrücker haben also leichtes Spiel; sie brauchen sich nicht zu genieren. Nicht einmal, wie das erwähnte Beispiel zeigt, vor den eigenen Stammesgenossen der Getretenen. In Deutschland hat das Namensgesetz zwar einige Preßerörterungen nach sich gezogen, die den Magyaren, verwöhnt wie sie sind, nicht zugesagt zu haben scheinen. Das ist aber auch alles gewesen; in den meisten Fällen

war es zudem nicht einmal ernst gemeint, sondern diente nur dazu, einer gewissen nationalen Anstandspflicht zu genügen, die man um so widerwilliger erfüllte, als die Magyaren zu den Lieblingen des jüdisch angehauchten Liberalismus zählen, denen man nicht zu hart auf den Pelz rücken darf, mögen sie auch alle Grundsätze dieses Liberalismus durch die That verleugnen. So lange sie gegen das Judentum nichts unternehmen, demselben vielmehr volle „Ellbogenfreiheit“ lassen, wird man ihnen nie etwas ernstlich verdenken. Das wissen die Magyaren sehr gut; nirgend hat man deshalb maßloser für Dreifuß und Zola geschwärmt als in Pest. Je thörichter man das Verhalten der Franzosen findet, die sich der jüdischen Sympathien mehr und mehr unwürdig erweisen, desto eifriger sucht man die Gunst der Lage nun für sich selber auszunutzen, um vom zweiten Platz auf den ersten zu gelangen. Wir wollen diesem Beispiel nicht in toto folgen; das versteht sich von selbst; daß die Methode, wie sie Russen und Magyaren anwenden, im übrigen aber Beachtung verdient und sich in gewissen Grenzen zur Nachahmung empfiehlt, läßt sich nicht leugnen. Ihre Übertreibungen werden wir um so leichter vermeiden, je ferner es uns unserem ganzen Wesen nach liegt, dem Schwächeren gegenüber mit unserer Macht Mißbrauch zu treiben. Von dem ruhigen Selbstbewußtsein jedoch, mit dem jene, ohne sich um die Meinung der Außenwelt zu kümmern, das ihrer Ansicht nach Richtige und Ersprießliche thun, können wir in der That lernen, und ebenso wollen wir es uns merken, daß sich die Massen, wenn sie eine solche Hand erkennen, stets in gewisser Weise beugen. Wenn wir es bisher weder in Posen und Westpreußen, noch in Nordschleswig und Elsaß-Lothringen dazu haben bringen können, wenn sich überall im Osten wie im Norden und Südwesten eine mehr oder weniger auffällige Stimmung zeigt, so hängt das eben zum guten Teil mit unserer Schüchternheit und Unentschlossenheit zusammen, die es nicht über sich gewinnen können, die eigene Sache ohne Umschweife und Winkelzüge zu vertreten. Ein schlagendes Beispiel dafür ist u. a. die Duldung des Dänischen Schulvereins in Nordschleswig, der satzungsmäßig das Ziel verfolgt, die Germanisierung der Bevölkerung zu hintertreiben und zu diesem Zweck jährlich hunderte von jungen Männern und Mädchen nach Dänemark schickt, die sich

meist auf den dortigen „Volkshochschulen“ zu begeisterten dänischen Patrioten entwickeln, um dann in der Heimat Stützen der deutschfeindlichen Propaganda, nebenbei aber auch sicherlich rot-radikale Politiker zu werden; denn daß die dänischen Volkshochschulen in diesem Sinne wirken, läßt sich angesichts der unheimlichen Zunahme der Sozialdemokratie in Dänemark nicht mehr bezweifeln. Ist es nun wirklich Sache des deutschen Staates, dieses Treiben durch seine Nachsicht zu fördern? Hat er nicht vielmehr die Pflicht, demselben durch einfaches Verbot ein Ende zu machen, namentlich aber die Ausbildung der jungen Nordschleswiger auf dänischen Agitationschulen zu untersagen? Bei dem ausgesprochenen Charakter der Agitation läßt sich das nicht bezweifeln; kein Staatswesen darf es dulden, daß seine eigenen Ziele auf diese Weise durchkreuzt werden; und doch sehen wir seit mehr als 30 Jahren, daß Preußen den Wühlereien der nordschleswigschen Dänenpartei keine ernsthaften Hindernisse bereitet, wo es dann allerdings verständlich wird, daß diese Partei heute ebenso stark ist, als nach dem Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864; vergleichsweise könnte man sie sogar stärker nennen, weil sie die ausgleichende Wirkung eines Menschenalters überstanden, währenddessen das deutsche Reich sich nach innen wie nach außen hat festigen können, Dänemark aber vollends zu einem bedeutungslosen Kleinstaate geworden ist. Kein anderer Großstaat würde unter gleichen Verhältnissen so demütigende Erfahrungen gemacht haben. Außerlich wenigstens wäre jede Opposition sicherlich geschwunden; außer uns aber würde eben niemand die Kennzeichen dieser Opposition geduldet haben, die an und für sich schon als Beweis unerträglich deutscher Nachsicht gelten.\*)

Weniger auffällig als die dänische „Unversöhnlichkeit“ muß uns die der Elsaß-Lothringer erscheinen, weil hinter diesen nicht das schwache Dänemark, sondern das mächtige Frankreich steht, das überdies zu den ersten Kulturländern der Erde gehört, so daß die Reichsländer uns gegenüber nicht die Empfindung des Emporgehobenwerdens zu haben brauchen. Umgekehrt sehen sie sich vielmehr oft genug veranlaßt, das Gegenteil zu glauben, weil unser eigenes Verhalten in zahlreichen Fällen dazu angethan ist, die

\*) Vor den neuesten Maßregeln gegen die dänische Agitation geschrieben. D. V.

Elfaß-Lothringer von unserer fortdauernden Anerkennung der geistigen Vorherrschaft Frankreichs zu überzeugen. Dazu trägt die Duldsamkeit der Behörden vielleicht weniger bei als die widerliche Schmiegsamkeit vieler Altdeutschen selbst, die statt im neugewonnenen Grenzgebiet kräftig und zielbewußt für die deutsche Sache einzutreten, aus Gründen geschäftlicher Natur oder weil es ihnen „fein“ vorkommt, nichts Eiligeres zu thun haben, als sich in französische Verkleidung zu werfen und die Einheimischen an Eifer in dieser Richtung womöglich zu übertreffen. Diese schmähhchen Eindrücke erhält man freilich überall, wo Deutsche sich in national bestrittenen Gebieten niederlassen. Was anders läßt sich von derartigen Beispielen erwarten, als die größte Mißachtung vor deutschem Wesen und im engsten Zusammenhang damit verdoppelte Anhänglichkeit an das eigene; um so mehr, als die katholische Hierarchie hier wie überall nichts unterläßt, um dem Deutschtum entgegenzuarbeiten und die französische Sache mit der der Kirche in den Augen des Volkes zu identifizieren. Amtssprache derselben bleibt deshalb das Französische nach wie vor, und dasselbe Bestreben zeigt sich durchweg, wohin ihr Einfluß reicht, so namentlich auch in den von Nonnen geleiteten geistlichen Erziehungshäusern, in denen die weibliche Jugend ihre Bildung erhält. An allerhand Vorschriften, die auf Einführung des Deutschen dringen, fehlt es allerdings nicht, sie scheinen jedoch überwiegend auf dem Papier zu bleiben, was sich zum Teil allerdings mit aus der außerordentlichen Schwierigkeit ausreichender Überwachung erklärt, noch mehr aber doch wohl aus der Scheu vor Konflikten mit dem Klerus, von denen man weiß, daß sie im Reichstag leicht zu Kulturkampfdebatten Anlaß bieten. Diesen aber sucht man aus dem Wege zu gehen, wo man nur irgend kann, und drückt deshalb gern ein Auge zu, wo die Beobachtung der Form es irgend gestattet.

In dieser Hinsicht verspricht die Lage aber in Zukunft nicht besser zu werden. Hat die katholische Kirche im Reichslande so lange fest zu Frankreich gehalten, als dieses ihr auf dem eigenen Boden in der feindseligsten Weise entgegentrat, so wird es dies natürlich um so eifriger thun, wenn der französische Staat mit dem Vatikan seinen Frieden macht und die Bischöfe überall angewiesen werden, mit der Regierung Hand in Hand zu gehen und

sich als „Stütze“ der bestehenden republikanischen Gesellschaft zu erweisen. Hier lassen sich „zwei Fliegen mit einer Klappe“ schlagen, man kann zugleich Frankreich gefällig sein und sein Mütchen an Deutschland kühlen, mit alledem aber den Zwecken der römischen Hierarchie dienen. Es ist also auf Verdoppelung der antidutschen Agitation zu rechnen, die sich vom Beichtstuhl und der Kanzel naturgemäß stets auf die politischen Kreise überträgt, um dort im streng „protestlerischen“ Sinne zu wirken. Und doch hat der deutsche Reichstag vor einiger Zeit wieder einmal einen solchen „protestlerischen“ Antrag auf Aufhebung des sog. „Diktaturparagraphen“ angenommen, der den letzten Rest derjenigen Maßnahmen bildet, die auf die Ausnahmezustände im Reichslande paßten und auch heute noch keineswegs überflüssig geworden ist! Nur die Konservativen und Nationalliberalen zeigten Verständnis für die „Binsenwahrheit“, daß man die Regierung nicht der letzten Hilfsmittel berauben dürfe, die ihr einer halbaufwüthrerischen Bevölkerung und der beständigen, von Frankreich aus betriebenen Hege gegenüber noch zu Gebote stehen. Alle anderen Parteien thaten den „Protestlern“ den Gefallen, auf ihre durchsichtigen Absichten einzugehen, weil es ihnen eben an dem Instinkt der nationalen Selbsterhaltung fehlt, der unter gleichen Verhältnissen keinem slavischen oder magyarischen Bauernjungen abgehen würde. Bei uns steht in solchen Fällen unweigerlich die sog. „Freiheitsfrage“ voran; ihr werden alle anderen Rücksichten und Bedenken geopfert, nicht zugeständenermaßen, wohl aber weil man sich von Zwangsmaßregeln keinen Erfolg verspricht. Regelmäßig wird da erklärt, daß man zu allem Möglichen bereit sein würde, nur müsse man sich von der Wirksamkeit der vorgeschlagenen Mittel überzeugen. Als ob es möglich wäre, a priori einen solchen Beweis zu führen! Der „Diktaturparagraph“ im Reichslande wird ja auch nur für besondere Fälle in Bereitschaft gehalten; was er praktisch zu leisten vermöchte, läßt sich also gar nicht übersehen. Seine Gegner wissen aber trotzdem genau, daß er seine Wirkung verfehlen würde! Wir können das Gegentheil nicht beschwören; wenn wir aber sehen, wie viel den Widersachern Deutschlands daran gelegen ist, den Paragraphen los zu werden, so müßten wir jeder gesunden Empfindung bar sein, hielten wir nicht an der Vollmacht für die Regierung fest, unter gewissen Voraussetzungen

auf die Zuhilfenahme verfassungsmäßiger Einrichtungen zu verzichten und nach dem unmittelbaren Bedürfnis des Augenblicks zu handeln. Daß dies nur im dringendsten Notfall geschehen werde, dafür bürgt die deutsche „Milde“ ja ohnehin. Der Bundesrat hat den letzten Beschluß des Reichstags ebenso unbeachtet gelassen als die früheren alle; dennoch trägt der Vorgang dazu bei, gewisse Hoffnungen im Reichslande lebendig zu erhalten. Wie könnte es auch anders sein?! Der Reichstag, heißt es, ist mit diesem „freiheitsmörderischen“ Diktaturparagraphen nicht einverstanden und möchte ihn lieber heute als morgen über Bord geworfen sehen, da werden die Regierungen doch endlich nachgeben müssen. Wir nehmen an, daß dies so lange nicht geschehen werde, als die französische Wühlerei im Reichslande ihre Bedeutung behält, allein wir können diese Ansicht nicht auf die Masse der Elsaß-Lothringer übertragen: diese werden ihre Illusion nicht fahren lassen, als bis sich der deutsche Reichstag zu einer männlichen Haltung bekehrt. Der Reichstag hat bisher aber noch nie gezeigt, daß nationale Gesichtspunkte als solche für seine Mehrheit maßgebend seien. Deshalb sind unsere Erwartungen auch in dem vorliegenden Fall nicht groß. Das Zentrum, das seine ausschlaggebende Stellung behalten hat, neigt am wenigsten dazu, die Elsaß-Lothringer, in denen es schon Zukunftsverbündete sieht, in einer für sie wichtigen Frage vor den Kopf zu stoßen und wird deshalb sicherlich fortfahren, ihm auch ein paar politische Gefälligkeiten zu erweisen, die es selbst nichts kosten.

Dies führt uns auf einen Punkt, der bisher, so viel wir wissen, noch gar nicht besprochen worden ist, weil er der modernen individualistischen Empfindung zu weit abliegt, ihr zu schroff widerspricht, als daß selbst Politiker von ausgesprochen nationaler Gesinnung sich an ihn herantrauen sollten. Wir meinen die grundsätzliche Ausschließung der reichsfremden Elemente von dem Recht der Mitbestimmung über Angelegenheiten, welche das Interesse der deutschen Nation nach außen hin berühren und von diesen Elementen deshalb in unfreundlichem Sinn beurteilt werden. Die Diktatur ist deshalb eine Einrichtung, mit der man nicht so achtlos umgehen sollte, als es thatsächlich geschieht. Sie müßte für die Reichslande unzweifelhaft noch bestehen. Die Beteiligung der Elsaß-Lothringer an den Wahlen zum Reichstage hat nicht zu der

erhofften Annäherung an Alt-Deutschland geführt, sondern ist von 1871 bis zum heutigen Tage lediglich dazu benutzt oder vielmehr mißbraucht worden, um der inneren Abneigung der Bevölkerung gegen uns entsprechenden Ausdruck zu geben, und nichts läßt annehmen, daß sich in dieser Richtung eine Umwandlung vorbereite. In ihren eigenen besonderen Angelegenheiten mögen die Elsaß-Lothringer ja ihr Selbstbestimmungsrecht behalten, dagegen haben wir nichts. Erklärte Widersacher aber dürfen nicht das Recht haben, in unseren Sachen mit zu reden und sich dabei regelmäßig auf die Seite der nationalen Gegner zu stellen. Wenn das auch anderswo so gehalten wird, wenn z. B. die Irländer im englischen Unterhause unter Gladstone und Lord Rosebery eine ausschlaggebende Stellung haben einnehmen können, so braucht das uns Deutsche nicht zu kümmern, denn ein Widersinn an sich bleibt es, mag derselbe auch die Billigung der „feinsten“ Politiker finden.

Schwieriger würde sich die Anwendung dieses Grundsatzes im Osten und Norden gestalten, weil es dort nicht möglich wäre, zwischen deutsch-freundlichen und deutsch-feindlichen Elementen hinlänglich scharf zu unterscheiden. Immerhin aber könnte bestimmt werden, daß kein Abgeordneter, der sich „notorisch“ d. h. durch seine praktische Haltung zu den Polen und Dänen bekennt, an Abstimmungen über Fragen militärischer und nationaler Art beteiligen dürfte. Als nationale Fragen wären die zu betrachten, die die Kolonial- und Flottenpolitik, sowie handelspolitischen Beziehungen zum Auslande betreffen. Den Sozialdemokraten wäre dieselbe Einschränkung aufzulegen, weil sie sich als grundsätzliche Widersacher des nationalen Staates bekennen, und so lange sie dies durch die That beweisen.

Wir wissen wohl, daß alle derartigen Vorschläge noch auf lange hinaus nicht die mindeste Aussicht haben, ernst genommen zu werden. Man würde sie sogleich unter die Rubrik der „Ausnahmsgesetze“ bringen, und damit wäre alles gesagt. Gegen ihre innere Zulässigkeit beweist das indessen nichts, und ihre äußere Anwendbarkeit würde keine besonderen Schwierigkeiten bieten. Es käme lediglich darauf an, genau zu umgrenzen, was unter „nationalen und militärischen Angelegenheiten“ zu verstehen wäre. Im einzelnen Fall aber ergibt sich das, wenn der Grundsatz als

solcher feststeht, ganz von selbst. Daß z. B. die Polen keinen Anspruch haben können, mit darüber zu bestimmen, ob die deutschen Schulen im Auslande vom Reiche unterstützt werden sollen und in welcher Höhe, braucht nicht erst weitläufig erörtert zu werden; denn ihre Stellung zu diesen Dingen ist von vornherein bekannt und kann keinen Augenblick bezweifelt werden. Dasselbe gilt von den Sozialdemokraten. In der alten ständischen „*titio in partes*“ haben wir übrigens ein Beispiel dafür, wie der gesunde Menschenverstand in solchen Lagen verfährt, nur könnte hier freilich keine Gegenseitigkeit in Frage kommen. Die deutsche Nation kann den Feinden, die in ihrem Bereiche leben, nicht gestatten, Sonderinteressen öffentlich rechtlicher Art geltend zu machen. Ein Vorgehen, wie es hier skizziert worden ist, würde überdies den großen, praktischen Vorteil haben, daß unsere Stellung nach außen durch innere Parteigegensätze und Bestrebungen nicht mehr gefährdet werden könnte, wie es zur Zeit noch immer nicht ausgeschlossen erscheint. Werden die Reichsfeinde und Sozialdemokraten von der Mitbestimmung ausgeschlossen, so hört ihre Gefährlichkeit in diesem Punkte auf; das aber ist das Wenigste, was die Idee der nationalen Gemeinbürgerschaft verlangen müßte. Einstweilen, wie gesagt, hätten wir uns auf kühl verächtliche Abweisung gefaßt zu machen, die höchstwahrscheinlich bis tief in die Mittelparteien herein reichen würde. So stark sind die Vorurteile eingewurzelt, die dem modernen Individualismus noch immer zu gute kommen und keine Verletzung persönlicher Rechte dulden. Davon lebt ja auch die Partei, welche sich die Unterdrückung des Individualismus zum Grundsatz macht, eigentlich allein; denn niemand wird uns einreden wollen, daß die heutige Sozialdemokratie, innerlich entgeistigt wie sie ist, einer bewußt und kraftvoll durchgeführten Isolierung durch die bürgerlichen Parteien auf die Dauer zu widerstehen vermöchte. Wohl aber vermag sie den Kampf so lange fortzusetzen, als jene Parteien weich und rührselig genug sind, ihr alle Vorteile von „Sonne und Wind“ bereitwillig zu überlassen, wie sie es ja auch den „geborenen“ Reichsfeinden gegenüber thun. Daß diese, wenn sie die Macht hätten, anders verfahren würden, wird kein Kundiger bezweifeln. Polen und Dänen würden alle die Maßnahmen, deren Anwendung von unserer Seite, so ungenügend milde

sie ist, als „Barbarei“ bezeichnen, sie mit rücksichtsloser Härte zur Anwendung bringen und sehr zu vervollständigen verstehen. Die Dänen haben das in den Jahren nach der Niederwerfung Schleswig-Holsteins 1851—1864 reichlich bewiesen; was die Polen auf diesem Gebiet zu leisten vermögen, des ist ihr brutales Verfahren gegen die Ruthenen in Ostgalizien Zeuge. Es ist aber das schwerste Ding in der Welt, die Deutschen gegen Mißhandlung auf dem nationalen Gebiet in Harnisch zu bringen, während es nicht die geringste Mühe macht, sie ob der Verletzung von sogenannten „Freiheitsrechten“ in Erregung zu versetzen. Deshalb erhebt sich über Derartiges zwischen den deutschen Parteien unausgesetzt heftiger Streit; es ist gar nicht möglich, sie zur Zurückdrängung der nationalen Gegner unter einer Fahne zu sammeln. Jede Anregung dieser Art wird mit offenem Mißtrauen aufgenommen und sogleich auf sogenannte „Hintergedanken“ parteipolitischer Art untersucht, die man natürlich regelmäßig findet. Damit ist aber alles gesagt: an die Stelle eines mutigen Zusammenhaltens tritt der häßlichste häusliche Hader, über den sich die gemeinsamen Widersacher herzlich freuen. In dieser Hinsicht haben sich Zentrum und Freisinnige, ja selbst Nationalliberale nicht viel vorzuwerfen. Die Art des Vorgehens ist fast immer dieselbe kleinliche, von Gesichtspunkten untergeordneter Art bedingte, stets bereit, das einseitigste Parteiinteresse zum ausschlaggebenden Moment zu machen. Hier wird namentlich von der Presse unendlich viel gesündigt; wer kein geübter Politiker ist, vermag sich durch die Wolken der Entstellungen und Verdächtigungen nicht hindurchzuarbeiten, die die einfachsten Thatfachen und Vorgänge verhüllen. Das ist aber, wie leider zugegeben werden muß, eine Eigentümlichkeit der Deutschen, die sich sonst nirgends auf der Erde wieder findet, und uns deshalb in den Augen des Auslandes um so mehr schadet. Was dort 1866 und 1870—71 zu unseren Gunsten wirkte, war vor allem der Eindruck, daß die Deutschen sich über den an ihnen gewohnten Mangel an Nationalgefühl und „Korpsgeist“ trotz alledem zu erheben vermöchten, wenn es sein müsse. Dieser Eindruck hat aber nicht lange vorgehalten, keinesfalls Bismarcks Rücktritt überdauert. Damals zeigte sich sogleich, daß sein gewaltiger Nimbus unendlich vieles verdeckt hatte, was ganz dazu angethan war, uns den Nach-

barn in dem alt bekannten Lichte zu zeigen. Deshalb ist es mit unserem Ansehen in der Welt von 1890 an rasch abwärts gegangen; erst die jüngste Zeit scheint sich einem Aufschwunge wieder günstiger zu erweisen; weniger freilich, weil die Nation als solche größeres Selbstbewußtsein zu entwickeln anfing, als weil die Regierung nach dem Ausscheiden des Freiherrn v. Marschall und der Ernennung des Herrn v. Bülow zum Leiter der auswärtigen Angelegenheiten zu den Überlieferungen Bismarcks zurückzukehren beginnt. Die Zeit von 1890—1897 trug den Charakter eines „atavistischen“ Rückfalls in Zustände, die zwar grundsätzlich überwunden waren, gleichwohl aber in der Erinnerung fortlebten und die weniger mächtigen Persönlichkeiten in diesem Sinn beherrschten. Einen subjektiven Vorwurf bedeutet das nach keiner Seite. Niemand, mit Ausnahme weniger bevorzugter Naturen, kann über den Vorstellungskreis und die Vorstellungen hinaus, die seine entscheidenden Jahre erfüllen. Von einer kleinstaatlichen Diplomatie konnte man deshalb gerechterweise kein volles Verständnis für die Bedürfnisse einer Großmacht ersten Ranges erwarten. Kein Mensch von einigem Gerechtigkeitsfönn hat einen solchen Vorwurf denn auch jemals erhoben. Zu sachlicher Unzufriedenheit aber war während jener Tage allerdings Grund genug vorhanden, und wenn dieselbe nur bei einem Bruchteil der maßgebenden Parteien zum Ausdruck gekommen ist, so lehrt das aufs neue, wie sehr anderweitige Interessen die nationalen Rücksichten bei uns noch überwuchern. Freiherr v. Marschall ist als Hauptförderer der Handelsvertragspolitik von den Liberalen aller Färbungen thatsächlich als ihr Mann behandelt worden, obwohl seine Erfolge auf dem auswärtigen Gebiet sich durchweg als negative erwiesen und es z. B. eigentlich als ein Wunder anzusehen ist, daß von unseren überseeischen Erwerbungen doch noch genug übrig geblieben ist, um mit der Zeit vielleicht doch etwas daraus machen zu können. Wenn der Reichskanzler selber coram publico erklärte, daß er „kein Kolonialmensch“ sei, und jede seiner Handlungen zeigte, daß er diesem Zweige der Bismarck'schen Politik kühl bis ins Herz hinein gegenüberstehe, so konnte man in der That jeden Augenblick den endgültigen Verzicht auf einen Besitz erwarten, der von den leitenden Persönlichkeiten selbst lediglich als Last em-

pfunden wurde. Unter ähnlichen Eindrücken ist ja vor etwa 200 Jahren die Kolonialpolitik des Großen Kurfürsten nach schönen Anfängen bald zu nichte geworden. Die Erinnerung an deutsche Seegewalt war in der That fast gänzlich erstorben. In Preußen wie in ganz Deutschland galt die Sage, daß wir nur zu Lande etwas vermöchten; da allerdings sehr viel, und das konnte der Kolonial- wie der Flottensache unmöglich zu gute kommen, weil es die Auffassung zuließ, daß gerade die Abweisung aller überseeischen Bestrebungen in nationalem Sinn das Richtige trafe. Wo der gesunde Instinkt, wie bei uns überbildeten Deutschen, nicht mehr stark genug ist, da können sich in der That auch auf diesem Gebiet große Meinungsverschiedenheiten erheben, ohne daß man berechtigt wäre, sich gegenseitig den guten Willen abzusprechen. Mit dem guten Willen allein ist hier aber sehr wenig gethan; alles kommt darauf an, ihn in die geeigneten Bahnen zu lenken. Dazu hat von jeher ungeheuer viel gehört; die Politik ist stets die schwerste aller Künste gewesen. Unter den furchtbar verwickelten Verhältnissen der Gegenwart aber, die die ganze Welt in den Bereich der Erwägungen ziehen, hat sie sich zu einer Aufgabe gestaltet, der die Kraft keines Einzelnen, wenn man es genau nimmt, mehr genügt, am wenigsten aber da, wo es an Gewöhnung und Übung fast vollständig fehlt. Bismarck, der auch in diesem Sinn zu den „Übermenschen“ zählt, hatte uns mitten in eine Lage hineingeführt, die nur ein solcher zu meistern vermochte; was Wunder da, daß seine nächsten Nachfolger sich vor unüberwindlichen Schwierigkeiten sahen? Ihre Kollegen in den Nachbarländern waren an sich keineswegs befähigter als sie; allein sie fußten auf einer älteren Überlieferung und Anpassung an die Erfordernisse der Zeit, wie sie sich aus der allmählichen Umwandlung der maßgebenden Momente ganz von selbst ergibt, ohne allerdings vor groben Mißgriffen zu schützen; denn diese begegnen uns in der Gegenwart überall. Staatsmänner, die sich eine überragende Autorität zu sichern wußten, trifft man deshalb nirgends mehr an. Eine zum mindesten relative Mittelmäßigkeit ist fast durchweg am Ruder und vermag sich vergleichsweise noch am leichtesten zu behaupten. Denn die ihrem eigenen Wesen nach mittelmäßige Menge verfolgt jede hervorragende Erscheinung mit einem, wenn auch nicht immer vollbewußten, so

doch unverkennbaren Haß, und diese Empfindung sehen wir in dem Maße wachsen, als sich das Selbstgefühl der sich allmählich über ihren öffentlichen Einfluß klar werdenden unteren Klassen steigert. In einer nicht geringen Zahl von Wahlkreisen ist es bei uns jetzt schon so weit, daß sonst sehr geeignete Kandidaten nicht aufgestellt werden können, nur weil sie einen adeligen Namen tragen; je klangvoller diese Namen und die etwa dazu gehörenden Titel aber sind, desto größere Abneigung rufen sie hervor.

Dies indessen nur nebenbei; denn mit dem Gegenstand unserer Erörterungen hat das alles unmittelbar nichts zu thun; ein mittelbarer Zusammenhang aber läßt sich allerdings nicht verkennen; denn jede demokratische, der Autorität abgeneigte Entwicklung hat sich, bei uns wenigstens, dem nationalen Gedanken bisher stets mehr oder weniger feindlich erwiesen. Die deutschen „Volksmänner“ sind zu allen Zeiten Schleppenträger des Auslandes gewesen, sie haben immer für alle möglichen Nationalitäten geschwärmt, nur nicht für die eigene. Und das dauert ja auch noch heute fort, denn, wie wir gesehen, neigen Sozialdemokratie und Freisinnige, wenn schon mehr aus Gründen parteipolitischer als ideal-weltbürgerlicher Natur, sehr stark dahin, die Polen bei den Wahlen gegen die deutschen Konservativen und Agrarier zu unterstützen, in der Hoffnung, dafür hier und da eine kleine Gegenleistung einzuheimsen. Die demokratischen, ja selbst ausgesprochen sozialistischen Parteien anderer Länder, besonders der romanischen und slavischen, wissen in dieser Hinsicht eine ungleich würdigere Haltung zu bewahren. In der französischen Abgeordnetenversammlung treten die Sozialisten unter Umständen sogar durch einen besonders stark ausgeprägten Chauvinismus hervor, keinesfalls aber würden sie sich dem Auslande gegenüber durch irgend eine andere Gruppe an feuriger Vaterlandsliebe überbieten lassen. Bei uns findet ein ganz anderer Wettlauf statt. Die Sozialdemokraten im Reichstage ringen um die Palme im antinationalen Sinne und lassen es bei keiner Gelegenheit an den gemeinsten Beschimpfungen der Nation und des Vaterlandes und Königtums fehlen. Das alles aber hören die Vertreter der Nation mit Ausnahme der Rechten ruhig an; „Deutschland“ ist der großen Masse der Deutschen eben noch immer kaum viel mehr als ein unbestimmter Begriff; die Einzelländer

erscheinen nach wie vor als die eigentlichen Träger des patriotisch-monarchischen Gefühls. Kein Sozialdemokrat dürfte es wagen, Bayern oder Sachsen in der Weise anzugreifen, wie er es dem Reiche gegenüber ungestraft thut. Thatsächlich kommt Derartiges nicht vor; nur an dem Kaiser sucht man sich dafür schadlos zu halten, und da eben haben die Konservativen die Kosten der Verteidigung zu tragen; wenn die Nationalliberalen sich der Sache annehmen, geht es dabei recht „matt akademisch“ zu. Sie selbst aber scheinen davon nichts zu merken; das Ganze läßt sie eben innerlich unberührt, regt ihre Galle nicht sonderlich auf und schlägt auch in der nationalen Presse meist keine hohen Wellen. Die mangelnde Empfindung kann man aber durch nichts ersetzen; sie ist das Erzeugnis der Geschichte und kann sich nur mit dieser selbst entwickeln. Deutschland ist bis 1871 in Wahrheit nie etwas anderes gewesen als ein durch das Band der gemeinsamen Sprache zusammengehaltenes Bündel verschiedener Stämme, die sich vielfach ohne jede Sympathie und ganz verständnislos gegenüberstanden. Daß dies aber in einem Menschenalter anders werden konnte, wird im Ernst doch niemand glauben. Gleichwohl hören wir fort und fort von einer Zunahme des deutschen Nationalbewußtseins als von einer bereits vollbrachten Thatsache reden, während sich bis jetzt noch nichts anderes zeigt als ein gewisses Verständnis für gemeinsame Bedürfnisse, da man nun doch einmal politisch zusammen gehört. Schon das berechtigt zu der Hoffnung, daß sich daraus mit der Zeit mehr entwickeln werde; noch aber sind wir nicht so weit, und auch unsere Söhne werden kaum dahin gelangen, vielleicht ist bei den Enkeln, wenn alles gut geht, deutsches Blut in ihren Adern zu spüren, d. h. nicht bloß auf dem Wege der Reflexion, sondern unmittelbar, instinktiv, wie es sich sonst überall von selber versteht, weil alle anderen Völker im nationalpolitischen Sinn viel älter sind als wir, obwohl wir eine fast zweitausendjährige Geschichte hinter uns haben und es, so angesehen, mit ihnen allen aufnehmen könnten. Was hier in Betracht kommt, ist aber nicht die Länge der Zeit, sondern ihr Gebrauch. Die Nachbarn haben sich seit Jahrhunderten einheitlich zu organisieren verstanden, während wir es, wie gesagt, trotz unserer äußerst ungünstigen geographischen Lage niemals über eine ganz lose, unzu-

reichende Verbindung hinauszubringen vermochten, die als solche auch keine national-erzieherische Wirkung haben, kein lebendiges Gemeinbürgerschaftsbewußtsein erzeugen konnte. Das soll erst nachgeholt werden; aber, gestehen wir es offen, es ist dazu ein wenig spät; denn neben der nationalen Strömung, die die heutige Welt beherrscht, beginnt sich auch eine sehr starke internationale Bewegung zu zeigen, und das könnte die Deutschen bei ihrer weltbürgerlichen Naturanlage leicht wieder auf Abwege führen. Jedenfalls wird es sie schwerlich zu der ausschließlich nationalen Denkweise gelangen lassen, die noch heute das Geheimnis der englischen Weltmachtstellung ist, obwohl sie sich vielleicht abzuschwächen beginnt. Dasselbe kann auch bei den heutigen Franzosen wahrgenommen werden, die alles in allem bei weitem nicht mehr so „einseitig“ sind, als ihre Väter und Großväter waren. Immerhin bleibt bei den einen wie bei den andern noch recht viel übrig, denn sie haben etwas Gehöriges zuzusetzen. Wenn wir aber mitten im national abstumpfenden Weltgetümmel dieser Tage erst gewinnen sollen, was jene Mühe haben, zu behaupten — wie mögen die Aussichten da wohl sein? Ja, wenn wir nicht obendrein in einem Durchgangslande wohnten, das als solches der Tummelplatz zahlloser Fremden sein muß und immer mehr wird! Im Sommer zumal wird ein nicht geringer Teil Deutschlands, namentlich in den national ohnehin besonders gleichgültigen katholischen Teilen des Westens und Südens, thatsächlich fast zum „Hotel“ oder zur „Pension“. Überall aber spielen die Ausländer die führende Rolle; nach ihnen richtet sich alles, ihre Wünsche erscheinen zahlreichen Leuten, auch wenn sie nicht unmittelbar interessiert sind, nahezu als Gesetz, man kommt ihnen namentlich auch in Bezug auf die Sprache so weit als man irgend kann, entgegen. Ob dabei etwas Deutsches übrig bleibt, ist die geringste Sorge, desgleichen oft genug die Rücksicht auf die deutschen Besucher selbst, von denen man vielfach mit Recht annimmt, daß sie sich die Zurücksetzung schon gefallen lassen werden. Hat sich daran seit Wiedererstehen des Reiches irgend etwas geändert und gebessert? Wir glauben, es ist mit der gewaltigen Zunahme des Verkehrs eher schlimmer geworden. Nur von der Schmach der „Spielhöllen“ sind wir befreit, sonst sind nach dieser Richtung in nationalem Sinne keine Fortschritte zu bemerken. Nach

wie vor, ja in noch größerem Maße als ehemals, drängt sich der Deutsche zum Kellnerdienst in der ganzen Welt; keineswegs nur auf dem heimischen Boden. Aus diesen international abgegriffenen, vielfach auch abgebrühten, um jede Spur von nationaler Empfindung gebrachten Elementen aber rekrutiert sich der deutsche Gastwirtsstand zum guten Teil; was Wunder, wenn sich da nur wenig Neigung zeigt, dem Auslande gegenüber größeres Selbstgefühl zu entfalten? Noch immer tragen unsere Gasthöfe französische oder englische Namen, noch immer spielen im inneren Dienst der Hauptsache nach fremde Sprachen die erste, jedenfalls aber die vornehmste Rolle. Die feinsten Geschäfte dieser Art behandeln das Deutsche als „Küchensprache“, deren man sich anständiger Weise nur hinter den Koulissen bedient. Dieselbe Bevorzugung des Fremden findet sich auch im kaufmännischen Verkehr noch viel. Während die deutsche Gewerbethätigkeit auf der weiten Erde mit der englischen wetteifert, wird uns zu Hause das britische Erzeugnis noch immer als das selbstverständlich bessere angeboten. Auf dem Sportplatz hört man mit Vorliebe englische Wendungen brauchen, und die Rennpferde tragen meist englische Namen. Deutsche Mode wagt sich nirgends hervor, der französische Nimbus besteht ungeschmälert fort; daneben ist neuerdings vielfach auch England getreten, dessen Sitten und Gebräuche einem Teil der müßigen Herrenwelt als Gesetze gelten. In der Kunst und Litteratur endlich tragen wir dem Auslande hingebender als je die Schleppe. Unser Naturalismus ist nichts als blasse Nachahmung der Franzosen, und auf unseren internationalen Ausstellungen staunen wir die Mittelmäßigkeiten der Nachbarländer an, deren abgethane Bühnengrößen sich, so gut es geht, mit dem Beifall zu trösten suchen, den man ihnen bei uns noch immer freudig spendet. . . . Über diese und ähnliche Erscheinungen ließe sich noch viel sagen, ganze Bücher könnte man darüber schreiben, ohne den Gegenstand zu erschöpfen. Wir müssen uns aber auf flüchtige Andeutungen beschränken, und wollen an dieser Stelle nur noch ein Moment herausheben, das allerdings nicht im engeren Sinn hieher gehört, die schwächste Seite alles deutschen und germanischen Wesens aber so scharf beleuchtet, daß es volle Beachtung verdient.

In Belgien kämpfen die Blumen seit mehr als einem

Menschenalter um die Gleichberechtigung ihrer Sprache mit dem Französischen, dessen sich nur eine Minderheit der Wallonen als Muttersprache bedient, während es gleichwohl als Staats- und Amtssprache gilt. Hierbei haben sie schon seit geraumer Zeit bei uns wenn nicht werththätige Beihilfe, so doch ausgesprochene Sympathien gefunden. Statt sich dafür nun aber erkenntlich zu zeigen, verfolgen die Flamen alles Deutsche mit förmlichem Haß und suchen die von den 40 000 Belgischen erstrebte Anerkennung ihrer Sprache als dritte Amtssprache (wohlgemerkt nur für den luxemburgischen Teil des belgischen Gebiets) um jeden Preis zu hintertreiben, während die Wallonen ihrerseits zwar das Deutsche, nicht aber das Flämische nach dem Französischen dulden möchten. So hat es kommen können, daß die Deutschen sich mit der förmlichen Bitte an den König Leopold II. gewendet haben, dem von beiden Häusern des Parlaments angenommenen Antrag auf Anerkennung des Flämischen als zweiter Amtssprache die Genehmigung zu versagen! Wenn es noch einer besonderen Bekräftigung der alten Wahrheit bedurfte, daß die Deutschen — denn das sind ja auch die Flamen, mögen sie es nun zugeben oder nicht — ihre eigenen ärgsten Feinde sind, so wird sie durch diesen Vorgang erbracht, der ganz dazu angethan ist, die Gegner des Deutschtums in aller Welt förmlich zu entzücken. Die Hauptschuld tragen in diesem Fall die Flamen, aber auch die Luxemburger Deutschen haben sich keineswegs einwandsfrei benommen. So weit durften sie nicht gehen, den König um Ablehnung des Gesetzes zu bitten. Diesen unerfreulichen Erscheinungen lassen sich gewiß auch manche hoffnungsreiche entgegenstellen. Im Ganzen ist die Haltung unserer Presse dem Auslande gegenüber doch etwas fester und selbstbewußter geworden und die eben gerügten Mißstände werden mehr und schärfer als sonst gerügt, wenn die Kritik meist ihren Zweck auch nur ausnahmsweise erreicht. Nicht minder sind die Bestrebungen der verschiedenen Vereinigungen nationaler Art zielbewußter geworden, als sie ursprünglich waren, und haben so viel z. B. doch erzielt, daß die deutschen Schulen im Auslande von Reichswegen jetzt eine höhere, wenn auch noch keineswegs genügende Beihilfe erhalten und die Konsuln von Amtswegen beauftragt sind, sich dieser Einrichtungen anzunehmen. Bis vor kurzem kümmerte sich das Reich um diese

Schulen nur in so weit, als es ihnen auf besonderen Antrag eine gewisse Unterstützung gewährte. Daß es sie jetzt unter seine besondere Obhut nimmt, ist als ein sehr wesentlicher Fortschritt zu betrachten, wenn auch, wie schon gesagt, bei uns noch immer viel zu wenig geschieht. Italien und Frankreich leisten in dieser Hinsicht ungleich mehr, und letzteres zumal hat das nicht zu bedauern. Am ganzen levantinischen Mittelmeer wird das Französische von allen Gebildeten als Umgangssprache benützt und die Kenntnis desselben dringt immer weiter vor, während das Deutsche erst in dritter Reihe erscheint. Dasselbe kann auch anderswo beobachtet werden. Die Fremden sind ganz bereit, deutsch zu lernen; aber unsere eigene Gleichgültigkeit gegen das nationale Interesse läßt es in zahlreichen Fällen nicht dazu kommen, in anderen, kaum weniger zahlreichen ist unser allzu schüchternes Auftreten und unser Mangel an Verständnis für die Bedeutung des Äußerlichen daran schuld. Dennoch, wie gesagt, fängt es in dieser Hinsicht an, langsam besser zu werden. Die Frage ist nur, ob diese Langsamkeit angesichts der verdoppelten Anstrengungen unserer verschiedenen Mitbewerber nicht am Ende doch alles verdirbt. Überall werden unsere Bewegungen jetzt mit Argusaugen bewacht und man traut uns Dinge zu, von denen wir selber kaum zu träumen wagen. So hat z. B. die Besetzung von Kiautschau in der ganzen Welt einen gewaltigen, nachhaltigen Eindruck gemacht, wahrscheinlich einen viel größeren als in Deutschland selbst, wo noch immer die Wenigsten wissen, was man sich unter „Weltpolitik“ zu denken habe. Alles ist dementsprechend in Bewegung geraten. Russen, Engländer, Japaner, Franzosen machen sich auf, ihr Teil an der chinesischen Beute einzuheimsen. Wenn das Ende nur nicht ist, daß wir, wie in Afrika wieder rasch außer Atem kommen, während jene ihr Ziel unentwegt verfolgen!

Ja, es ist noch alles halb und unfertig bei uns. Wir fangen eben erst an, aus dem langen Schlaf dreier Jahrhunderte zu erwachen. Darüber täusche man sich nicht. Bis vor kurzem haben unsere großen Männer für uns wachen müssen. Sie, die das Reich gebaut, sind zwei Jahrzehnte lang seine Hüter gewesen. Seit bald einem Jahrzehnt aber stehen wir auf eigenen Füßen, nun gilt es zu zeigen, daß wir darauf vorwärts zu gehen wissen.